

FRIEDENS JOURNAL



Was kosten uns Wirtschaftskrieg und Aufrüstung?

Protestaktion gegen Bundeswehr-„Sondervermögen“ am 3. Juni 2022
Foto: Hendrik Hafsel © (IPPNW Deutschland – Flickr)



- Deutschland ist erster Adjutant der USA
- Bundeswehr-Sondervermögen: Aufrüstung als Konjunkturpaket
- Wirtschaft wird geschreddert, Armutsquote steigt, Schuld ist der Russe
- Rüstungsinvestitionen als Spitze des Eisberges
- Positionspapier: Hintergründe und Lösungsperspektiven des Ukraine-Krieges



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Juli – Aug. 2022/Nr. **4**

Was kosten uns Wirtschaftskrieg und Aufrüstung?

Inhalt	
Deutschland ist erster Adjutant der USA	3
Wirtschaftssanktionen und ihre Wirkung	5
Bundeswehr-Sondervermögen: Aufrüstung als Konjunkturpaket	6
Wirtschaft wird geschreddert, Armutsquote steigt, Schuld ist der Russe	9
Rüstungsinvestitionen als Spitze des Eisberges	10
Positionspapier: Hintergründe und Lösungsperspektiven des Ukraine-Krieges	15
Fact Sheet: Zeittafel zum Ukraine-Krieg	18
Friedensbewegung Aktionsmonat Juni	20
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 10.7.2022	
Impressum	
Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.	
Herausgeber: Bundesausschuss Friedensratschlag Germaniastraße 14, 34119 Kassel www.friedensratschlag.de	
Redaktion: Lühr Henken, Werner Ruf, Ewald Ziegler, V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil	
Redaktionsanschrift: Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V. c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Straße 69 -77, 60329 Frankfurt am Main e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de	
Kontoverbindung: Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V. Frankfurter Sparkasse, BIC: HELADEF1822 IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90	
Internetausgabe: auf www.frieden-und-zukunft.de einschließlich Extrahinweisen zu Fußnoten und weiteren Quellen, sowie digitalem Archiv ab 2010. ISSN 2193-9233	

Liebe Leserinnen und Leser,

der 24. Februar 2022 wurde von führenden Politikern in Deutschland als Zeitenwende bezeichnet. Tatsächlich zeichnet sich aber immer mehr ab, dass nicht der Ukraine-Krieg selbst, sondern der eskalierende Wirtschaftskrieg sich für die EU und insbesondere für Deutschland als Zeitenwende erweisen wird. Aktuell, im Sommer 2022 ist ersichtlich, dass die Wirtschaftssanktionen gegen Russland sich als Bumerang erweisen und zum wirtschaftlichen Selbstmord führen.

Damit einher gehend rollt ein sozialer Tsunami auf Deutschland zu, wenn Energiepreise um ein Mehrfaches steigen werden und ganze Industriezweige wegen der Abhängigkeit von billig verfügbarem Erdgas ihre Produktion einstellen müssen.

Warum dieser wirtschaftlich selbstzerstörerische Kurs trotzdem von der Bundesregierung fortgesetzt wird, beleuchtet Conrad Schuhler in seinem Beitrag.

Einen wesentlichen Beitrag zu den bereits jetzt vorhandenen und sich noch erheblich steigernden sozialen Verwerfungen leistet auch das gigantische Aufrüstungspaket mit dem „Sondervermögen“ von 100 Mrd. Euro für die Bundeswehr. Wofür dieses Geld im einzelnen ausgegeben wird, listet Jürgen Wagner in seinem Beitrag im einzelnen auf.

Für die Rüstungsindustrie wird damit ein Konjunkturpaket aufgelegt, während gleichzeitig existenzielle Teile der deutschen Wirtschaft geschreddert

werden und die Verarmung in der Bevölkerung rapide zunimmt.

Darauf verweist der Beitrag von Rainer Balcerowiak unter Bezug auf den kürzlich erstellten „Arbeitsbericht 2022“ des Paritätischen Gesamtverbandes.

Wenngleich die Debatten über den Ukraine-Krieg und die Schuldzuweisungen an Russland natürlich anhalten, so ergibt sich mittlerweile ein großer Bedarf nach differenzierten Sichtweisen, insbesondere zur gesamten Vorgeschichte. Der Bundesausschuss Friedensratschlag hat dazu ein Positionspapier erstellt, das einen sehr guten Zuspruch gefunden hat. Wir dokumentieren dieses hier in voller Länge.

Nach den zurück liegenden, sehr aktionsreichen Wochen der Friedensbewegung mit Ramstein, Elmau, Büchel und Berlin können wir davon ausgehen, dass auch die traditionellen Termine zum Hiroshimatomag am 6.8. und zum Antikriegstag am 1.9. viel Zuspruch finden werden.

Für bundesweite Aktionen war die Demo in Berlin am 2.7. sicherlich ein guter Auftakt. Bei der Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 3.7. wurde deshalb eine weitere Großdemo in Berlin am 8.10. einmütig beschlossen. Dafür müssen wir um gesellschaftliche Breite kämpfen.

Karl-Heinz Peil

Alle Fußnoten in den Beiträgen, sowie Anmerkungen und Quellenverweise finden sich in der Web-Fassung unter <https://www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal>



Etwa 4.000 Menschen waren am Samstag zu einer Friedensdemonstration nach Berlin gekommen. Gemeinsam war die Sorge um eine Eskalation des Krieges in der Ukraine, die Ablehnung der angeblich alternativlosen militärischen Konfliktlösungsstrategien sowie die entschiedene Absage an all das, was uns eine Große Koalition aus Regierung und Opposition im Deutschen Bundestag als zwingende „Zeitenwende“ verkaufen möchte.
(Foto und Text: Jochen Gester – Presenza 6.7.2022)

Wir zahlen nicht für eure Kriege!
100 Milliarden für eine demokratische zivile & soziale Zeitenwende



DEMO
2. Juli '22
Berlin
Bebelplatz
14 Uhr

USA-BRD: Deutschland ist erster Adjutant der Supermacht USA

von Conrad Schuhler, Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. (ISW), München

Diese eine Zahl trifft Deutschlands Stellung in der Welt: Deutschland hat unter allen G7-Ländern die „offenste“ Volkswirtschaft, worunter die Exporte plus Importe in Relation zum BIP (Bruttoinlandsprodukt) zu verstehen sind.

Deutschland ist, hinter China und USA, der weltweit größte Warenexporteur, es ist ebenso, hinter den USA und China, der drittgrößte Importeur. China ist mit einem Anteil am Welthandel (Export plus Importe) mit 13,1% die Nr.1, die USA sind mit 10,9% weiter zurückgefallen, Deutschland als Nr. 3 kam auf 7,2%.

Deutschland, meint man auf den ersten Blick, braucht den Frieden, wenn seine bisherige Form des Wirtschaftens nicht zusammenbrechen soll.

Schaut man sich die Räume an, mit denen Deutschland Handel treibt, sieht man klar, wo die Schwerpunkte liegen, und wo Probleme zu erwarten sind. Von 2005 bis 2020 sind die deutschen Exportanteile nach Asien von 8,9 auf 15,2% der Gesamtexporte gestiegen. In alle übrigen Regionen der Welt waren die Exportanteile ziemlich gleichgeblieben. Dasselbe zeigt sich beim

Handel, dessen offenster Teil Deutschland ist, wird beherrscht vom Westen.

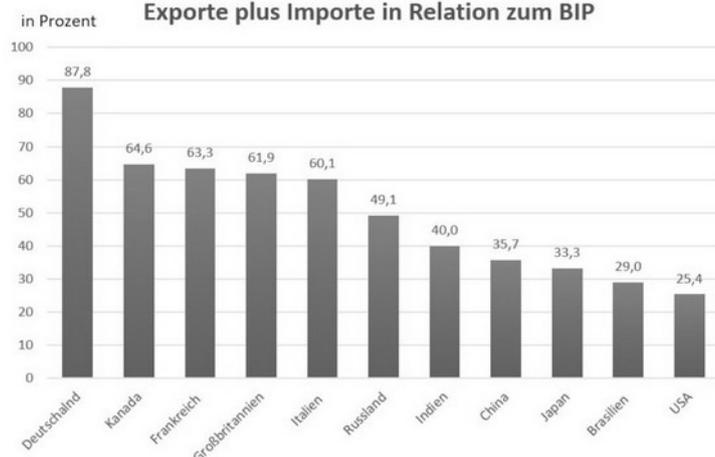
Die zehn wichtigsten Exportländer vereinen 52,2% des Welthandels auf sich, die zehn wichtigsten Importländer 53,6%. Es handelt sich um dieselben Länder, mit einer Ausnahme. Großbritannien liegt bei den Importen an Nr. 4, bei den Exporten ist es gar nicht unter den ersten Zehn. Das Land lebt über seine Verhältnisse. Dies tut in noch weit größerem Maße die USA.

Der Anteil an den Exporten beträgt 8,1%, an den Importen aber 13,5%. Dieses seit Jahren konstante Missverhältnis – die USA nehmen vom Rest der Welt weit größere Mengen entgegen als sie an diesen ausgeben – verdankt die USA dem von ihm kontrollierten Dollar-System des größten Teils der Weltwirtschaft. Wenn in Dollar gezahlt werden muss, haben die USA, die ihre Dollar selber drucken beziehungsweise elektronisch produzieren können, einen gewaltigen Vorteil.

Auffallend ist die große Distanz zwischen den beiden Top-Mächten an der Spitze zum Rest der zehn Großen des Welthandels. Die EU-28, wesentlich geprägt von Deutschland und Frankreich, haben allerdings ein größeres Gewicht als China und die USA zusammen. Selbst der EU-Außenhandel – also Exporte und Importe, die von EU-Ländern mit Partnern außerhalb der EU getätigt werden – weist die EU als gleichgewichtig mit China oder den USA aus.

Der Löwenanteil der deutschen Exporte wie der Importe läuft über die OECD-Länder, den Klub der am weitesten fortgeschrittenen Länder des Westens – 78,1 % Exporte, 73,4% Importe. Der Anteil ist hoch, doch er nimmt ab. Seit 2005 ist er bis 2020 bei Ex- wie Importen um 5,4 Prozentpunkte gefallen. Auch der Austausch mit der EU28 und mit der Eurozone geht markant zurück. Einen nennenswerten Anstieg gibt es nur bei den BRICS-Ländern – von 7 auf 12% bei den Exporten, von 12,1 auf 15,8% bei den Importen.

Offenheitsgrad großer Volkswirtschaften - Exporte plus Importe in Relation zum BIP



Deutschland ist aber ungleich intensiver in die Weltwirtschaft eingebunden als die beiden führenden Volkswirtschaften: Für Deutschland fallen fast neun Zehntel des BIP auf Exporte/Importe, für China nur ein gutes Drittel, für die USA nur ein Viertel des BIP.

Deutschland ist wie kein anderes Land der Erde bei seinem wirtschaftlichen Fortkommen abhängig vom Zustand der internationalen Beziehungen: eine friedliche Welt, in der Exporte wie Importe ihre friedliche Bahn ziehen, oder eine Welt des kriegerischen Aufbruchs, in der Sanktionen und Gegensektionen, wenn nicht direkt die Raketen der Kombattanten die Wirtschaftskreisläufe aufhalten und durchbrechen.

Blick auf ausgewählte Ländergruppen.

Während die Anteile von OECD, EU28, Eurozone und G7 alle sinken, steigt nur einer: die Exporte in die BRICS-Länder (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) von 7,0 auf 12,0%. Allerdings machen diese Exporte immer noch nicht einmal die Hälfte des Exports Deutschland an die G7-Länder aus, nur ein gutes Fünftel des Exports in die EU 28. Das ist Deutschlands Dilemma aus volkswirtschaftlicher Sicht: Wachstum gibt es nur oder vor allem im Austausch mit Ländern, die in Distanz oder auch in offenem Konflikt mit dem eigenen Block, dem US-Block stehen. Doch der Großteil des Geschäftes wird abgewickelt mit dem eigenen Block, wie die Exporte genauso wie die Importe belegen. Der Welt-

Die Handelsnation Deutschland ist also eng verwoben mit den Hauptländern der kapitalistischen Ordnung, doch ein noch relativ kleiner Teil des Handelsvolumens verschiebt sich hin zu den BRICS-Ländern, hier stellvertretend gesetzt für das Gros der für eine blockfreie, multipolare Weltordnung eintretenden Schwellen- und Entwicklungsländer.

Diese Abteilung wird für Deutschland von wachsender Bedeutung, denn seine Produktionsstruktur ist angelegt auf den Austausch mit industriell fortgeschrittenen Ländern.

Die wichtigsten Warengruppen des deutschen Exports sind Kraftwagen/-teile, Maschinen, chemische Erzeugnisse und Datenverarbeitungsgeräte, elektrische und optische Erzeugnisse. Diese Warengruppen führen auch bei den deutschen Importen, der Anteil ausländischer Wertschöpfung an den deutschen Warenexporten liegt bei knapp 40%.

Einen besonderen Rang nimmt China ein, das mit weitem Abstand wichtigste Ursprungsland deutscher Importe. Das nächste Schwellenland ist Russland Nr. 14, dann folgen Vietnam Nr. 23, Indien Nr. 25, Südafrika Nr. 26, Malaysia Nr. 27.

Bei den deutschen Exporten liegen die Schwellen- und Entwicklungsländer noch weiter hinten. China, die große Ausnahme, ist die Nr. 2, Russland Nr. 15, die Vereinigten Arabischen Emirate Nr. 32, Saudi-Arabien Nr. 36 und Malaysia Nr. 40.

Fazit: Der Welthandel spielt sich für die „offenste“ Volkswirtschaft der G7, für Deutschland, vor allem im Austausch mit dem entwickelten „Westen“ ab. Der „Süden“ nimmt zwar an Gewicht zu, ihm gehört die Zukunft, doch in der Gegenwart spielt der kapitalistische „Westen“ im Weltkonzert der „regelbasierten internationalen Ordnung“ die erste Geige.

Gerade für die offene Volkswirtschaft Deutschland ist dieser „Westen“ Moses und die Propheten. („Akkumuliert! Akkumuliert! Das sind Moses und die Propheten“ – so fasste Marx die Heilige Schrift des Kapitals zusammen.)

Deutschland kommt mithin im internationalen Handel ein bedeutendes Gewicht zu. Es ist hinter China und USA die Nr. 3 im Welthandel. Als prägende Kraft der EU, ein Gravitationszentrum des Welthandels, könnte es eine eigenständige größere Rolle spielen, wenn – es nicht auf vielfältige Weise in das globale Regime der USA eingewoben wäre.

Dies gilt, wenn auch in schwächerem Maß, für die gesamte EU. Die EU mag zwar die USA in Exporten und Importen weit übertreffen, sie ist aber politisch, wirtschaftlich und kulturell von den USA entscheidend geprägt und umfassend abhängig gemacht.

Die Amerikanisierung Deutschlands und Europas

Die Amerikanisierung West- und Mitteleuropas begann mit dem Ende des 2. Weltkriegs. Der Wiederaufbauboom, in Deutschland das „Wirtschaftswunder“, wurde in Europa per Marshall-Plan mit US-Beratern durchgezogen. In Deutschland wurde John McCloy, zuvor Wall Street-Anwalt, stellvertretender US-Kriegsminister und Präsident der Weltbank, zum „Hohen Kommissar“, bis lange in die BRD hinein weit wichtiger als der Bundeskanzler.

Von 1950 bis 1970 stiegen die privaten US-Investitionen neben den Projekten des Marshall-Plans um 1400 Prozent[1].

Der überparteiliche Weltgewerkschaftsbund wird abgelöst vom stramm antikommunistischen Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, dem auch der DGB beitrifft. US-Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch übernehmen die Benotung von Firmen und Regierungen, von der abhängt, ob sie überhaupt Kredite erhalten und wie hoch Zinsen gegebenenfalls sind.

Im Zuge der Entflechtung der „Deutschland AG“ werden eine Menge von Mittelstandsunternehmen von „Heuschrecken“, US-Investitionsfonds, übernommen und ausgeschlachtet. US-Kapitalverwerter wie BlackRock, Vanguard, State Street werden bestimmende Aktionäre in allen DAX-Firmen, ähnlich operieren Staatsfonds wie der

norwegische Norges oder Temasek aus Singapur und die Fonds der arabischen Ölstaaten.

Deutschland ist längst einer der größten Tummelplätze des globalen Kapitals, angeführt von den Kapitalgiganten der Wall Street.

Die Amerikanisierung Deutschlands hat auch ihre ideologische Seite. Einmal geht es um die Bilder des kinderliebenden, Kaugummi verschenkenden GIs oder um die rauchenden Colts der die Zivilisation herbeischießenden Cowboys.

Zum anderen um die gezielte Elitenbildung. Jedes Jahr machen sich Hunderte deutsche, junge Akademiker mit Stipendien der Rockefeller-, Ford- oder Harkness-Stiftung auf, in den USA die Höhen der Wissenschaften und des bürgerlichen Gemeinsinns zu erklimmen.

Kaum ein deutscher Politiker, Wissenschaftler, Journalist oder Manager der ersten Reihe des Nachwuchses kommt ohne diese Erfahrung und Prägung aus. Sie alle fühlen sich geehrt, wenn sie zurück in der Heimat in Gruppen wie der Atlantikbrücke aufgenommen werden und den Austausch mit der US-Elite fortsetzen können. Die Behauptung, dass es keine Chefredaktion einer deutschen überregionalen Zeitung ohne solche „Atlantiker“ gibt, ist nicht gewagt.

Wo es nicht zu einer solchen „weichen“ Amerikanisierung kam, griffen die USA zu schärferen Methoden. Nach Griechenland entsandten sie 350 CIA-Agenten, 430 Militär- und 1200 Wirtschaftsberater. Über 1500 Kommunisten und Linke wurden hingerichtet, Zehntausende eingesperrt, bevor „Freiheit und Democracy“ hier dauerhaft heimisch waren.

Ähnlich gingen die USA auch in Italien und Frankreich vor, überall mit dem Erfolg, die starken kommunistischen Kräfte in diesen Ländern von der politischen Macht fernzuhalten. Als Aldo Moro, der christdemokratische Parteiführer, es wagte, an einen „historischen Kompromiss“ mit den Kommunisten zu denken, wurde er im Zusammenspiel mit den Roten Brigaden entführt und erschossen.

Die Nato – von 12 auf 30 Mitglieder rund um Russland

Die Amerikanisierung Europas hatte neben der politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Seite von Anfang an eine militärische Prägung. Die 1949 gegründete Nato hat sich in sieben Erweiterungen bis 2009 von 12 auf 30 Mitglieder erhöht, mit Schweden und Finnland stehen zwei weitere vor dem Beitritt. Allein in der Bundesrepublik unterhält die US-Armee drei Dutzend Militärstützpunkte. Rügemer konstatiert: „Kein größerer Staat der Welt ist so dicht mit ausländischem, also US-Militär besetzt.“[2]

Man möchte mitten im Ukraine-Krieg, hinzufügen, kein anderer Staat ist so umfassend von einem offen feindlichen Militärbündnis umgeben wie Russland. Die Nato ist keineswegs, wie sie vorgibt, ein „Verteidigungsbündnis“, sie ist auch nicht auf den Nordatlantik beschränkt.

Sie hat für sich den völkerrechtlichen Grundsatz „Right to Protect“ erfunden, das Recht, militärisch einzugreifen, wenn irgendwo auf der Welt

die vom Westen definierte wertebasierte internationale Ordnung verletzt wird.

In den Genuss dieses „Rechts zum Schutz“ sind bisher die Serben und die Bosnier, die Libyer und die Iraker, die Syrer und die Afghanen zum Teil sehr ausführlich gekommen. Derzeit „genießen“ die Ukrainer dieses Vorrecht.

Die US-Regierung hat als ihr Ziel offiziell ausgegeben, dass Russland den Krieg verlieren müsse, dass die USA und die Nato aber nicht als offene Kriegsparteien auftreten werden. Dies bedeutet, dass die Werte, auf denen die internationale Ordnung bestehen soll, im Zweifel bis zum letzten Ukrainer verteidigt werden sollen.

Das ist ein ebenso hirnrissiges Konzept wie das des Angreifers Russland, das nach Putins Vorstellungen dem westlichen Imperialismus einen eigenen russischen Imperialismus entgegensetzen will, dessen Dimension dem sowjetischen oder zaristischen Vorbild folgt.

Ziel der Friedensbewegung muss hingegen sein: Sofortiger Waffenstillstand! Abzug der russischen Truppen

aus der Ukraine! Die Ukraine verzichtet auf einen Beitritt zur Nato und zur EU – sie bleibt neutral! Über die Ost-Ukraine und die Krim muss in Volksabstimmungen entschieden werden, die von der KSZE – Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – und der Volksrepublik China organisiert und kontrolliert werden!

In der Frage des Verhältnisses Deutschlands zu den USA drängt sich dieser Schluss auf: Deutschland ist wie kein anderes EU-Land verwoben mit den USA. Diese enge Symbiose hat einen Kommandanten und einen Adjutanten – der Kommandant sind die USA, der Adjutant Deutschland.

Eine selbständige Politik Deutschlands, die seinen Interessen als Scharnier zwischen den hochentwickelten Volkswirtschaften und als Partner der aufstrebenden Schwellenländer entspricht, verlangt eine größere Distanz zur Supermacht USA und die Unterstützung einer gleichberechtigten Weltordnung, in der es wirtschaftlicher Vormacht nicht erlaubt ist, die Regeln zu setzen, nach denen international zu verfahren ist.

Wirtschaftssanktionen und ihre Wirkung

von Willy Sabautzki, ISW München

Deutsche Unternehmen werden seit Jahrzehnten über Tausende von Kilometern lange Pipelines günstig und zuverlässig mit Gas und Öl aus Russland versorgt, eine buchstäbliche Win-win-Situation. Öl, Gas und Kohle stehen für über 60 Prozent der russischen Exporte.

Die Unternehmen haben in der Vergangenheit auf günstige Rohstoffe aus Russland gesetzt, ohne Rücksicht auf die Dringlichkeit des Umbaus der Wirtschaft auf erneuerbare Energien, Umweltschutz und Klimasorgen. Profitabilität und Konkurrenzvorteile sind unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsverhältnisse das Maß aller Dinge.

Die kapitalistische Akkumulationslogik, Steigerung der Profitabilität und Konkurrenz besteht auch trotz wachsender geopolitischer Spannungen. Die politisch-ökonomische Vormachtstellung marktbeherrschender Konzerne bestimmt auch die Regeln in Krisenzeiten.

Der jährliche Ölbedarf von Deutschland, der bei knapp 100 Millionen Tonnen liegt, wird zu 35 Prozent durch russische Lieferungen gedeckt. Von den rund 86 Milliarden Kubikmeter Gas, die Deutschland pro Jahr verbraucht, kamen bisher mehr als die Hälfte aus Russland.

Die Mengen an Öl und Gas, welche Deutschland bei einem Verzicht auf russische Importe ersetzen müsste, sind immens. Ein Embargo auf Gas wäre für die deutsche Wirtschaft noch bedrohlicher als das Risiko eines Importstopps für Öl. Der Umstieg auf alternative Gaslieferanten birgt die Gefahr, dass sich die internationalen Wertschöpfungsketten weiter verschieben.[...]

Ein Energieembargo gegen Russland hat nach Einschätzung kritischer Analysten keinen Einfluss auf das Kriegsgeschehen und das Sterben in der Ukraine.

Die russischen Exporteinnahmen sind zudem aufgrund der stark gestiegenen Weltmarktpreise für Öl, Gas und Rohstoffe sogar gestiegen. Im schlimmsten Fall droht Deutschland ein Rückgang des Wirtschaftswachstums, eine Rezession, was vor allem für die Lohn-Beschäftigten und Rentner eine massive Kostenbelastung bedeuten würde, schlimmer als durch die Corona-Seuche.

Die Kombination aus Energie- und Nahrungsmittelverknappung, steigenden Rohstoffpreisen und Störungen der Lieferketten könnte zu einem Gemisch aus Inflation und sinkender Wirtschaftsleistung führen. Und dies ist zu erwarten, ohne dass dadurch ein Frieden in der Ukraine in der nächsten Zeit erzielt würde. Eine kluge Entspannungspolitik könnte die Ukraine und die Welt vor einer Katastrophe bewahren.

Bundeswehr-Sondervermögen: Aufrüstung als Konjunkturpaket

von Jürgen Wagner, Informationsstelle Militarisation e.V., Tübingen

Mit der in seiner Regierungserklärung ausgerufenen Zeitenwende hatte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am 27. Februar 2022 zahlreiche tiefgreifende Maßnahmen angekündigt, insbesondere was die künftige finanzielle Ausstattung der Bundeswehr anbelangt.

In seiner Regierungserklärung brachte Scholz gleich in mehreren wichtigen Punkten die letzten kritischen Stimmen innerhalb von SPD und Grünen per Kanzlererklärung zum Schweigen, indem er sich etwa klar für die bis dahin hochumstrittene Bewaffnung der Heron-TP-Drohnen oder etwa für die Beschaffung von F-35 Kampfflugzeugen und damit die Beibehaltung der Nuklearen Teilhabe aussprach.



US-Kampffjet F-35, Alle Fotos: Wikipedia

Völlig zu Recht erhielten allerdings die Passagen, die sich mit der künftigen finanziellen Ausstattung der Bundeswehr beschäftigten, die mit Abstand größte Aufmerksamkeit. In diesem Zusammenhang enthielt die Regierungserklärung zwei weitreichende Ankündigungen. Erstens wurde ein hoher Mindestbetrag für den offiziellen Rüstungshaushalt auslobt:

"Wir werden von nun an – Jahr für Jahr – mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Verteidigung investieren."

Nicht ohne Grund war eine solche Größenordnung zwar lange von der Nato gefordert, aber ebenso lange für völlig undenkbar gehalten worden. Denn was hier so harmlos mit Zahlen im unteren einstelligen Bereich daherkommt, entpuppt sich bei näherer Be-

trachtung als eine Erhöhung der Ausgaben um riesige Milliardenbeträge.

Obwohl der Militäretat nach der Einigung auf den Bundeshaushalt 2022 am 20. Mai 2022 mit 50,4 Mrd. Euro satte 3,5 Mrd. Euro über dem Vorjahresniveau liegen wird, ist es somit offensichtlich, dass zu den von Kanzler Scholz ausgerufenen zwei Prozent des BIP (ca. 75 Mrd. Euro) eine erhebliche Lücke klafft.

Diese Kluft soll künftig jährlich durch die zweite in der Zeitenwende-Regierungserklärung enthaltene Bundeswehr-Budgetaussage geschlossen werden:

„Bessere Ausrüstung, modernes Einsatzgerät, mehr Personal – das kostet viel Geld. Wir werden dafür ein Sondervermögen ‚Bundeswehr‘ einrichten. [...] Der Bundeshaushalt 2022 wird dieses Sondervermögen einmalig mit 100 Milliarden Euro ausstatten. Die Mittel werden wir für notwendige Investitionen und Rüstungsvorhaben nutzen.“

Handlungsdruck statt Zwei-Prozent-Ziel

Das auf Grundlage der Einigung zwischen Ampel und Union ebenfalls beschlossene "Gesetz zur Finanzierung der Bundeswehr und zur Errichtung eines ‚Sondervermögens Bundeswehr‘" gibt Aufschluss über gleich mehrere bislang unbekannt Faktoren, namentlich Anfang und Gesamtdauer sowie die Bemessungsgrundlage für die Verrechnung mit dem Zwei-Prozent-Ziel:

„Mit Hilfe des Sondervermögens werden im mehrjährigen Durchschnitt von maximal fünf Jahren zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf Basis der aktuellen Regierungsprognose für Verteidigungsausgaben nach NATO-Kriterien bereitgestellt. [...]"

Das Sondervermögen hat den Zweck, die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit zu stärken und dazu ab dem Jahr 2022 die Fähigkeitslücken der Bundeswehr zu schließen, um damit auch den deutschen Beitrag zu den geltenden NATO-Fähigkeitszielen gewährleisten zu können.“

Nach Nato-Kriterien, die viele versteckte Kosten mit berücksichtigen, belief sich der deutsche Militärhaus-

halt 2021 auf 53 Mrd. Euro (offiziell: 46,1 Mrd. Euro).

BMVg-Ausgaben 2022 (Einzelplan 14)

Kommandobehörden und Truppen, Sozialversicherungsbeiträge, Fürsorgemaßnahmen und Versorgung für Soldatinnen und Soldaten:

15,9 Mrd. Euro

Militärische Beschaffungen:

9,8 Mrd. Euro

Bundeswehrverwaltung, Universitäten der Bundeswehr usw.:

6,6 Mrd. Euro

Unterbringung: **6,0 Mrd. Euro**

Materialehaltung der Bundeswehr:

4,6 Mrd. Euro

Sonstiger Betrieb der Bundeswehr:

2,6 Mrd. Euro

Wehrforschung, Entwicklung und Erprobung: **2,2 Mrd. Euro**

Zentral veranschlagte Verwaltungseinnahmen und -ausgaben

1,6 Mrd. Euro

Verpflichtungen im Rahmen der Mitgliedschaft zur NATO und zu anderen internationalen Institutionen sowie Maßnahmen im Zusammenhang mit internationalen Einsätzen:

1,4 Mrd. Euro

Quelle: www.bundshaushalt.de

In den aktuellen Eckwerten des Bundeshaushaltes vom 16. März 2022 sind für die Jahre 2023 bis 2026 jährliche offizielle Militärausgaben von 50,1 Mrd. Euro vorgesehen, was bedeutet, dass die Lücke bei steigendem BIP und unter Berücksichtigung der Nato-Kriterien im Schnitt mindestens rund 20 Mrd. Euro betragen dürfte.

In diesem Fall wäre das Sondervermögen dann in der Tat, wie im Gesetzesentwurf bereits angedeutet, spätestens nach fünf Jahren aufgebraucht. Berechnungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) gehen sogar davon aus, dass der Topf bereits 2025 leer sein wird.

Die entscheidende Frage ist: Was passiert danach mit dem offiziellen Militärhaushalt und dem Zwei-Prozent-Ziel?

Eine Option wäre es, den offiziellen Haushalt tatsächlich, wie in den Eckwerte-Planungen vorgesehen, bei

etwa 50 Mrd. Euro zu belassen, dann müsste man sich 2025/2026 aber entweder vom Zwei-Prozent-Ziel verabschieden oder das Budget schlagartig um 25 bis 30 Mrd. Euro anheben – und das bei Einhaltung der "Schwarzen Null", das heißt auf Kosten massiver Einsparungen in anderen Haushalten.

Die Verpflichtung auf die Nato-Fähigkeitsziele ist allerdings mehr als vage, schließlich hat die Bundesregierung einen weiten Spielraum, selbst zu entscheiden, wie viel sie ins Bündnis einbringen will, wobei die Bundeswehr noch im Februar 2022 berechnete, für die bisherigen Zusagen würden "nur" 1,5 Prozent des BIP benötigt.

Wie es weitergeht, ist also relativ unklar – wahrscheinlich werden die Eckwerte im kommenden Jahr aber wieder einkassiert und der offizielle Haushalt zwar nicht sofort komplett, wohl doch substantiell weiter in Richtung Zwei-Prozent-Ziel angehoben, um das Sondervermögen zu strecken.

Denn der von der Regierung parallel vorgelegte Wirtschaftsplan zum Sondervermögen enthält Rüstungsprojekte, mit denen ein enormer Druck in diese Richtung erzeugt wird.

Rüstungsprojekte teilweise noch offen

Auf der Liste finden sich auf der einen Seite Projekte, die bislang im offiziellen Haushaltsplan verortet waren und deren Verschiebung Gelder u.a. für die Beschaffung von Munition freimachen soll.

Zugleich werden dort nun aber auch Rüstungsvorhaben aufgeführt, deren Finanzierung bislang überhaupt nicht in der Budgetplanung abgesichert waren.

Noch ist alles recht vage: Mehreren sich grob an den Teilstreitkräften orientierenden Dimensionen werden zwar Gesamtbeträge zugeordnet, darüber hinaus fehlen aber für die insgesamt 38 aufgelisteten Vorhaben konkrete Preisangaben und Zeithorizonte, die nur für wenige Projekte aus anderen Quellen halbwegs bekannt sind.

Finanziert werden über das Sondervermögen auch Kernvorhaben für den Aufbau digitalisierter Großverbände im Nato-Rahmen (Puma Aufrüstung Los I, Nachfolge Marder und Digitalisierung Landbasierter Operationen)

sowie die finanzielle Absicherung der Entwicklungskosten für die beiden Schlüsselvorhaben zum Aufbau einer deutsch-französisch geführten Militärmacht Europa: Kampfpanzersystem (MGCS) und Luftkampfsystem (FCAS).

Wichtige Posten sind daneben noch die Ablösung der Tornado-Kampfflugzeuge für die Nukleare Teilhabe der NATO sowie die "Ertüchtigung" von Eurofightern zur Elektronischen Kriegsführung.

Die Projektliste soll nun jährlich fortgeschrieben werden, wobei der Haushaltsausschuss jedes Vorhaben über 25 Mio. Euro auch hier noch einmal separat bewilligen muss. Viele dieser Projekte werden Kosten weit über die im "Gesetz zur Finanzierung der Bundeswehr und zur Errichtung eines ‚Sondervermögens Bundeswehr‘" geplante Laufzeit des Sondervermögens von fünf Jahren verursachen.

Bewusst wird damit ein Handlungsdruck erzeugt, den offiziellen Haushalt langfristig deutlich anzuheben. Es folgen einige Anmerkungen zu den wohl wichtigsten Vorhaben des Wirtschafts- bzw. Rüstungsplans.



"Dimension Land": 16,6 Milliarden Euro

Puma-Nachrüstung: Im August 2021 war die Lieferung des ersten Loses mit 340 Schützenpanzern Puma abgeschlossen. Kaum bereitgestellt, gelten Teile bereits als veraltet, aktuell sind lediglich vierzig davon als "kriegstauglich" zertifiziert, um ihren Dienst in der ultraschnellen Nato-Eingreiftruppe VJTF versehen zu können.

Zuerst hieß es im März, die Entscheidung für die Anschaffung eines zweiten Puma-Loses sei gefallen.

Kurze Zeit darauf wurde gemeldet, aufgrund der nicht enden wollender technischer Probleme des Pumas sollten nun lediglich 100 von ihnen besorgt und die restlichen Exemplare wohl durch Radschützenpanzer auf Boxer-Basis ergänzt werden. Die im Wirtschaftsplan gewählte Formulierung legt nahe, dass die letzte Lösung favorisiert wird.

Kostenpunkt: Rund **vier Mrd. Euro**.

Kampfpanzersystem (Main Ground Combat System, MGCS): Das deutsch-französische Projekt soll ab 2035 Leopard II und Leclercq ersetzen. Bei diesem Schlüsselprojekt für den Aufbau einer deutsch-französisch geführten Militärmacht Europa handelt es sich nicht bloß um einen Panzer, sondern um "ein ganzes Verbundsystem, eine Kombination aus heute zum Teil noch futuristisch anmutender Hochtechnologie, Big Data und Waffentechnik" (loyal, 1.4.2021).

Kostenpunkt: Vage Schätzungen gehen von einem dreistelligen Milliardenbetrag aus, im unmittelbaren "Wirkungsraum" des Sondervermögens dürften aber Entwicklungskosten weniger als einer Mrd. Euro anfallen.

"Dimension See": 19,3 Milliarden Euro

U-Boot U212 CD: mit Norwegen zusammen entwickeltes U-Boot: Auslieferung 2029 bis 2035. Der Haushaltsausschuss hat im Juni 2021 die Gelder bewilligt. Der Beschaffungsvertrag mit der thyssenkrupp Marine Systems GmbH (tkMS) wurde am 8. Juli 2021 unterzeichnet und soll die "Option für weitere Boote für beide Vertragsstaaten" enthalten.

Korvette K130: Für die "Randmeerkriegführung" soll die Korvette besonders "geeignet" sein, also vor allem für Auseinandersetzungen mit Russland in der Ostsee. Die ersten fünf Korvetten wurden zwischen 2004 und 2006 gebaut. Ein zweites Los mit ebenso vielen Korvetten wurde 2017 beauftragt und soll bis 2025 vollständig ausgeliefert sein. Anschließend dürfte es somit um ein über das Sondervermögen bezahltes drittes Los mit weiteren fünf Korvetten gehen.



Fregatte F126: Die früher als Mehrzweckkampfschiff (MKS) 180 bezeichnete Fregatte "eignet" sich im Gegensatz zur Vorgängerin F-125 auch für Kämpfe gegen technisch hochgerüstete Gegner. Im Jahr 2020 wurden vier derartige Schiffe mit Option auf zwei weitere beauftragt.

**"Dimension Luft":
40,9 Milliarden Euro**

Kampffjet F-35: Die Anschaffung von 35 F-35 bedeutet, dass die umstrittene Nukleare Teilhabe der NATO, die vorsieht, dass in Deutschland lagernde Atomwaffen von deutschen Piloten ins Ziel geflogen werden sollen, beibehalten werden soll.

Die F-35 besitzt Tarnkappenfähigkeit und ist von den USA auch für die aufgewerteten B-61-12 Atomwaffen zertifiziert, die durchschlagskräftiger und treffsicherer als bisher werden sollen. Lange war für die Tornado-Nachfolge die weniger moderne F-18 (Version "Super Hornet") bevorzugt worden, da die F-35 als Bedrohung für den Bau des geplanten deutsch-französischen Kampfflugzeugs erachtet wurde, was sich aber erledigt hat,

nachdem es nun auch hier eine Finanzierungszusage gibt.

Kostenpunkt: **Zehn Mrd. Euro**

Luftkampfsystem (Future Combat Air System, FCAS): Noch mehr als das MGCS das Schlüsselprojekt für den Aufbau einer Militärmacht Europa, das von Deutschland und Frankreich (mit Spanien als Juniorpartner) entwickelt wird.

Als Zeithorizont wird eine Auslieferung ab 2040 angepeilt. Auch das FCAS ist nicht "nur" ein atomwaffenfähiges Kampfflugzeug mit Tarnkappeneigenschaften, sondern soll vor allem im Verbund mit bemannten und unbemannten Systemen agieren können.

Kostenpunkt: Die gesamten Ent-



wicklungskosten werden auf rund **100 Mrd. Euro** geschätzt.

Auch hier werden die – deutlich höheren – Entwicklungskosten dann nach dem Aufbrauchen des Sondervermögens dem offiziellen Verteidigungshaushalt vor die Füße fallen, was dann in Druck auf Budgeterhöhungen umgemünzt werden dürfte. Wie beim MGCS heißt es auch zum FCAS in der den Bundestagsabgeordneten vorgelegten Rüstungsliste: *"Future Combat Air System (FCAS), veranschlagte Haushaltsmittel bis 2027, danach weitere fest-*

zulegende Haushaltsmittel aus Einzelplan 14 nötig." (griephan 22/22)

Schwerer Transporthubschrauber: Dazu ist die Wahl auf den CH-47F Chinook von Boeing gefallen.

Kostenpunkt: **Sechs Mrd. Euro.**

Eurofighter: Elektronische Kampfführung: Ursprünglich war auch hier vorgesehen, F-18 (Version "Growler") anzuschaffen. Wohl um Airbus zu bedienen und ggf. auch für wichtige Aspekte in den Auseinandersetzungen mit Frankreich um das FCAS zu "ertüchtigen", werden nun Eurofighter aufgeböhrt, die in der Grundausstattung nicht über diese Fähigkeit verfügen.

**"Dimension Führungsfähigkeit/Digitalisierung":
20,7 Milliarden Euro**

Auf dem Weg zum sogenannten Heer 4.0 soll die Bundeswehr 2032 drei voll ausgestattete und komplett digitalisierte Divisionen (je 15-20.000 Soldat:innen) in die Nato einspeisen können. Zentral ist das Projekt *"Digitalisierung landbasierter Operationen"*.

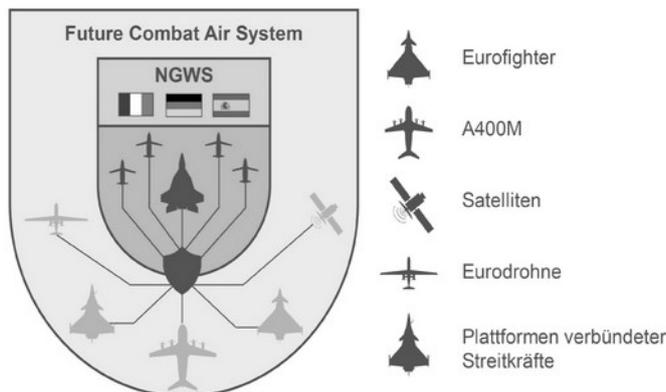
Das Rundum-sorglos-Rüstungspaket

Abseits des völlig ineffizienten und teils korrupten Beschaffungswesens resultieren viele Probleme der Bundeswehr daraus, dass sie Schwierigkeiten hatte, drei Aufgaben gleichzeitig abzudecken: die Aufrechterhaltung der Interventionsfähigkeit im Globalen Süden; die kurz- und mittelfristige Aufstellung von Großverbänden im Nato-Rahmen bis 2032; und schließlich mittel- bis langfristig den Aufbau einer Militärmacht Europa ab 2035.

Es hat den Anschein, als ziele das Sondervermögen darauf ab, all diese Probleme zu adressieren, damit Deutschland endgültig auch militärisch in die allererste Riege der Großmächte aufsteigen kann.

Zumindest von den Ausgaben her wird Deutschland damit dauerhaft die größte Militärmacht in Europa (und Nummer drei oder vier in der Welt). Olaf Scholz wird jedenfalls in der Presse mit den Worten zitiert:

"Deutschland wird in Europa bald über die größte konventionelle Armee im Rahmen der Nato verfügen."



Grafik aus Infobroschüre des Bundesverbandes der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e.V.

Wirtschaft wird geschreddert, Armutsquote steigt, Schuld ist der Russe

von Rainer Balcerowiak (aus den Nachdenkseiten vom 30.6.2022 – gekürzt)

Laut dem am 29.6.2022 in Berlin veröffentlichten „Armutsbericht 2022“ des Paritätischen Gesamtverbandes (PGV) hat die Armut in Deutschland mit einer Armutsquote von 16,6 Prozent im vergangenen Jahr einen neuen Höchststand erreicht. 13,8 Millionen Menschen müssen demnach hierzulande derzeit zu den Armen gerechnet werden, 600.000 mehr als vor der Pandemie.

Als arm gelten Haushalte, die über weniger als 60 Prozent des mittleren Netto-Haushaltseinkommens verfügen. Das bedeutet für Ein-Personenhaushalte weniger als ca. 1.200 Euro. Für Mehrpersonenhaushalte gelten entsprechende Äquivalenzzwerte. „Die Befunde sind erschütternd, die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie schlagen inzwischen voll durch.“

Wenn die Lage nicht so ernst wäre, könnte man über das ganze „Zeitenwende“- und „Wertegemeinschafts“-Geblubber eigentlich nur lachen. Man will Russland ja nicht nur „besiegen“, sondern auch „isolieren“ und „wirtschaftlich ruinieren“. Doch der atlantische Wahn stößt außerhalb der unmittelbaren Einflusszone der USA auf wenig Gegenliebe und kaum jemand kann verstehen, warum sich die führende europäische Wirtschaftsation quasi freiwillig selbst ruiniert.

In Russland freut man sich derzeit über steigende Exporterlöse für Erdöl, engere wirtschaftliche Beziehungen zu vielen Schwellenländern und einen stabilisierten Rubel.

Besonders auffällig ist der Zuwachs der Armutsquote unter prekär beschäftigten Erwerbstätigen, dabei besonders Selbstständigen (von 9 auf 13,1 Prozent). Neue Armutshochstände verzeichnen auch Rentner (17,9 Prozent) sowie Kinder und Jugendliche (20,8 Prozent).

Es gibt große regionale Unterschiede: Während sich Schleswig-Holstein, Brandenburg, Baden-Württemberg und vor allem Bayern positiv absetzen, weisen fünf Bundesländer überdurchschnittlich hohe Armutsquoten auf:

Nordrhein-Westfalen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Berlin und das Schlusslicht Bremen, weit abgeschlagen mit einer Armutsquote von 28 Prozent.

Die Zahlen sind keine Überraschung, entsprechend schulterzuckend reagierten Vertreter der Regierung darauf. Es gab ein paar warme Worte, ansonsten wurde auf die „Prüfung“ weiterer Entlastungen in den kommenden Monaten verwiesen, wobei vorbeugend erklärt wird, dass man wohl nicht alle „Härten“ ausgleichen könne.

Bereits im April hatte Finanzminister Christian Lindner (FDP) die Losung ausgegeben, dass wir jetzt „alle den Gürtel enger schnallen müssen“. Die Armutsquote wird also weiter deutlich steigen, zumal die wirtschaftlichen Folgen des militärischen und wirtschaftlichen Krieges gegen Russland noch wesentlich breitere Schneisen der sozialen Verwüstung schlagen werden als die Corona-Krise.

Die Inflation und die besonders rasant steigenden Preise für Energie und Lebensmittel sind längst über die klassischen Armutsmilieus hinaus zu einer existentiellen Bedrohung für viele Menschen geworden. Der private Konsum als unverzichtbare Stütze der konjunkturellen Entwicklung verzeichnet bereits deutliche Einbrüche.

Aber auch einige Branchen der Industrie steuern auf einen Kollaps zu. Ihnen machen neben den explodierenden Energiekosten und der drohenden Energieknappheit vor allem gestörte Lieferketten bei Rohstoffen und Zwischenprodukten zu schaffen.

Das wird in absehbarer Zeit auch für erhebliche Verwerfungen auf dem derzeit noch vergleichsweise stabilen Arbeitsmarkt sorgen. Auf der anderen Seite will der Staat seine Ausgaben deutlich zurückfahren. Im kommenden Haushaltsjahr soll wieder die „Schuldenbremse“ gelten, die die Nettoneuverschuldung der öffentlichen Haushalte begrenzt.

Nimmt der Bund für das laufende Haushaltsjahr noch rund 140 Milliar-

den Euro neue Schulden auf, sollen es 2023 nur noch 17,2 Milliarden sein.

„Rot-Grün“: Garanten für Krieg und Sozialkahltschlag

Für das Kapital ist es ausgesprochen günstig, dass das „Krisenmanagement“ in dieser prekären Lage einer „rot-grünen“ Regierung obliegt, diesmal – anders als 1998 – unter Einschluss der FDP. Denn nur sozialdemokratisch geführte Regierungen mit Beteiligung der Grünen sind in der Lage, Kriegspolitik und sozialen Kahltschlag vergleichsweise geräuschlos und effektiv zu exekutieren.

Als Regierungsparteien können SPD und Grüne potenziell widerständige Teile ihrer Basis und ihrer Wähler weitgehend neutralisieren, als – ohnehin zumeist nur verbale – Opposition fallen sie dann aus. Auch die großen, traditionell mit der SPD verbandelten Gewerkschaften verhalten sich gegenüber SPD-geführten Regierungen noch deutlich handzahmer als ohnehin schon.

Bleibt die Frage, ob dieser Irrsinn irgendeinem Masterplan folgt. Was die geostrategischen Interessen der US-geführten NATO betrifft, liegt das einigermassen auf der Hand. Aber hat die deutsche Regierung einen Plan? Erkennbar ist er jedenfalls nicht.

Vielmehr hat man den Eindruck, dass besonders die grünen Frontfiguren Robert Habeck und Annalena Baerbock ihrer eigenen Hybris erlegen sind und jetzt nicht mehr wissen, wie sie aus der Nummer wieder rauskommen. Die soziale Rechnung für diesen Wahnsinn ist gigantisch und wird noch gigantischer werden.

Und wer diese Rechnung bezahlen soll, liegt auch auf dem Tisch. Derzeit gibt es gegen diese Politik wenig deutlich vernehmbare Opposition, vor allem keine linke. Bleibt zu hoffen, dass sich wenigstens die Erkenntnis, „Wer Grüne wählt, wählt Krieg und Armut“, nach der Neuinszenierung dieses Stückes endlich mal etwas tiefer im Bewusstsein festsetzt.

Rüstungsinvestitionen als Spitze des Eisberges

von Karl-Heinz Peil, Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V., Frankfurt a.M.

Politische Debatten um Aufrüstungsprojekte konzentrieren sich in der Regel um die Beschaffungskosten für einzelne Projekte, so auch bei dem 100 Mrd. Euro „Sondervermögen“.

Tatsächlich müssen diese Kosten aber stets als Spitze eines Eisberges angesehen werden. Dieses gilt nicht nur für militärische, sondern auch für zivile Investitionen.

ter dem englischen Begriff **Life Cycle Costs (LCC)**.

In zivilen Bereichen sind solche Betrachtungen bereits seit Jahrzehnten ein mittlerweile etablierter Standard. Im wesentlichen geht es dabei um die Erkenntnis, dass bei komplexen Großgeräten und damit verbundener Infrastruktur die meisten Kosten erst in der Nutzungsphase durch folgende Faktoren anfallen:

- Betriebskosten, vor allem durch Brennstoffe und elektrischen Strom
- externe Dienstleistungen zur Betriebsführung technischer Anlagen
- Instandhaltung: Inspektionen und Wartungen sowie Reparaturen
- Nutzungsänderungen und dadurch verursachte Umbauten
- Modernisierungen durch Austausch von wesentlichen technischen Komponenten

aktuell verfügbare Anteil nur bei 40% liegen würde. Bei Unterstützungsfahrzeugen für Logistik und Sanitätswesen liegt der Anteil jedoch bei 82%.

Die Gründe für solche Auffälligkeiten liegen jedoch weniger in einer propagandistisch beschworenen Unterfinanzierung der Bundeswehr, als vielmehr in der mangelhaften Planung bzw. internen Abstimmung zwischen Beschaffung und dem Instandhaltungsmanagement.

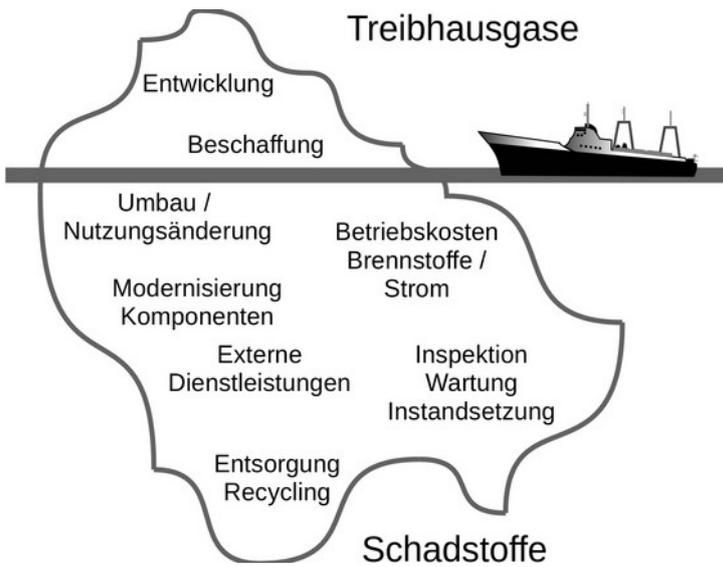
Managementmethoden zur Reduzierung von Lebenszykluskosten zielen eben genau darauf ab, bereits bei der Beschaffung die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass eine optimale Verfügbarkeit in der Nutzungsphase gegeben ist.

Eben dieses ist bei dem intransparenten Beschaffungswesen und mangelhafter Abstimmung zwischen Behörden-Ressorts und Bundeswehrabteilungen kaum gegeben. So heißt es in dem o.g. Bericht:

„Ursächlich für niedrige Einsatzbereitschaft bleiben, insbesondere bei den ‚komplexen‘ Hubschraubern wie dem NH 90 TTH, NH 90 SEA LION oder dem Kampfhubschrauber TIGER, die sehr zeitaufwändigen Wartungs- und Inspektionssysteme sowie die laufenden Umrüstungsmaßnahmen zur Vereinheitlichung der Konstruktionsstände“.

Dass es mit dem Lebenszyklusmanagement bei der Bundeswehr nicht zum besten bestellt ist, wurde bereits 2009 vom **Bundesrechnungshof** moniert. Dieser beanstandete, dass die Bundeswehr zwar ein Software-gestütztes Verfahren „Logistic Support Analysis (LSA)“ einsetzt, um *„insbesondere die Lebenswegkosten eines Rüstungsproduktes zu minimieren“*, jedoch keinen monetären Nutzen nachweisen konnte.

Dieses wurde auch 2019 auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE zu „Lebenszykluskosten von Rüstungsgütern“ (Bundestags-Drucksache 19/15104) nochmals bestätigt. Man erfasse zwar für 90 Projekte diese Kosten, jedoch könne der *„monetäre Nutzen ... nicht unmittelbar beziffert werden“*.



Grafik: Eigene Darstellung

Tatsächliche Rüstungskosten als Langzeithypothek

Die meisten Kosten von Gebäuden, Infrastruktur und mobil einsetzbarer Ausrüstung entstehen in der Nutzungsphase. Hinzu kommen die nicht unerheblichen Kosten für Entsorgung und möglichst Recycling am „Lebensende“.

Hierzu gibt es wissenschaftlich fundierte Betrachtungen unter dem Begriff Lebenszykluskosten, meistens un-

Auch bei den Rüstungsausgaben hat man bereits vor langen Jahrzehnten zunächst sogar in den USA erkannt, dass Aufwendungen in der Nutzungsphase mit bis zu 75% der Gesamtkosten zu Buche schlagen.

Materielle Einsatzbereitschaft und „Unterfinanzierung“

Zweimal jährlich wird vom BMVg ein „Bericht zur materiellen Einsatzbereitschaft der Hauptwaffensysteme der Bundeswehr“ vorgelegt.

Auch im letzten Bericht (II/2021) beklagt darin der Generalinspekteur der Bundeswehr einen zu geringen verfügbaren Bestand bei ca. einem Drittel der im Bericht behandelten 71 Hauptwaffensysteme.

Hervorgehoben wird dabei, dass bei Hubschraubern der

Phase	Infrastruktur	Schiffsbau	Landfahrz.	Starrflügler
Forschung & Entwicklung	5%	5%	5%	20%
Investition & Anlage	20%	30%	40%	40%
Wartung, Betrieb, Entsorgung	75%	65%	55%	40%

Quelle: GAO Cost Estimating and Assessment Guide (USA), 2009

Lebenszyklus: „Interne“ und „externe“ Kosten

Die LCC-Methodik ist jedoch zu meist nur auf „interne“ Kosten begrenzt, die dem jeweiligen Nutzer entstehen. Hinzu kommen aber in der Regel weitere „externe“ Kosten, die der Allgemeinheit, d.h. den staatlichen Strukturen und sonstigen Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge entstehen. Diese sind prinzipiell nur schwer abschätzbar.

Umfassend untersucht und anschaulich darstellbar ist dieses bei dem motorisierten Individualverkehr, wo erhebliche gesellschaftliche Kosten durch Ressourcenverbrauch, sowie Belastungen für Umwelt und menschliche Gesundheit entstehen.

In einer Ende 2021 veröffentlichten Studie „*The lifetime cost of driving a car*“ mit der bereits genannten LCC-Methodik wurde anhand von exemplarischen drei Pkw-Modellen mit insgesamt 33 Einzelfaktoren vorgerechnet:

→ Die **privaten Kosten** des laufenden Betriebes sind um den Faktor 2 bis 3 höher sind als die Anschaffungskosten

→ Die **gesellschaftlichen Kosten** durch Umwelt- und Gesundheitsbelastungen sowie beanspruchte Ressourcen der Infrastruktur sind um den Faktor 1,5 bis 2 zu den privaten Kosten zu veranschlagen.

Ressourcenverteilung als ökonomischer Kippunkt

Gemäß einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 23.4.2021 zum Klimaschutzgesetz wäre die Bundesregierung dazu verpflichtet, bei Großprojekten eine strategische Umweltprüfung vorzunehmen. Der Umweltverband BUND hat dazu ein Rechtsgutachten eingeholt, nach dem der Ausbau der Bundesverkehrswege diese Kriterien erfüllen musste. Dieses müsste in analoger Weise auch für Rüstungsvorhaben gelten.

In dem Ende 2019 vorgelegten, sehr umfangreichen **Klimaschutzprogramm 2030** der Bundesregierung zur Umsetzung des Klimaschutzplans 2050 taucht die Bundeswehr bzw. das BMVg überhaupt nicht auf. Die Bundeswehr ist aber die mit Abstand größte Institution des Bundes, allein gemessen an

der Gesamt-Personalstärke von ca. 260.000 militärischen und zivilen Mitarbeitern einschließlich der zugehörigen Verwaltung.

Stattdessen heißt es in der Einleitung des Klimaschutzplans:

„Die Bundesregierung sieht in entschlossenem und gemeinsamem Handeln mit den richtigen Prämissen große Chancen für den Wirtschafts-, Innovations- und Beschäftigungsstandort Deutschland. Unternehmen sollen sich frühzeitig auf die Herausforderungen einstellen und die Chancen für Innovation und klimafreundliches Wachstum ergreifen können.“

Würde man in diesem Text das Wort „klimafreundlich“ streichen, wäre der Inhalt aktuell auch als propagandistische Begleitung des neuen Aufrüstungsprogrammes zu verstehen.

Was sich einer quantitativen Bewertung von Rüstungsressourcen jedoch noch weitgehend entzieht, sind die Wirkungen des globalen, zwischenstaatlichen Konfrontationskurses, konträr zu einer globalen Kooperation, die sowohl für eine Begrenzung der globalen Erwärmung als auch zur Zielerreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele (Agenda 2030) notwendig wäre.

Rüstungsprojekte absorbieren reale Ressourcen

Die Debatte um das „Sondervermögen“ für die Bundeswehr konzentriert sich vor allem um die politische Dimension und Relevanz der vorgesehene finanziellen Mittel. Mit dem häufig verwendeten Argument, dass man „einen Euro nur einmal ausgeben kann“, wird dabei vor allem auf eine gesellschaftlich notwendige Priorisierung für einen sozial-ökologischen Umbau verwiesen.

Diese Debatte beleuchtet aber nur einen Teilaspekt der Aufrüstung. Inwieweit man bei 100 Mrd. Euro von Ressourcen im eigentlichen Sinne sprechen kann, ist durchaus diskussionswürdig, da hierzu auch grundsätzliche Fragen zur Geldschöpfung innerhalb unseres Wirtschafts- und Finanzsystems gestellt werden müssten.

Für eine Bewertung dieser Ausgaben muss man aber die realen Ressourcen betrachten, die definitiv nur begrenzt vorhanden sind. Diese sind:

Humanressourcen auf unterschiedlichen Ebenen, angefangen von Forschung und Entwicklung, über die industrielle und handwerkliche Produktion bis hin zur operativen Nutzung und letztlich Entsorgung am Ende der Nutzungsphase;

Materialressourcen, die global nur begrenzt verfügbar sind und deshalb auch konflikträchtigen Auseinandersetzungen um deren Extraktion, Distribution und Sicherung der Lieferketten unterliegen.

Das heißt: Zusätzliche Human- und Materialressourcen für die Aufrüstung sind nicht einfach verfügbar wie „Finanzressourcen“, sondern nur durch Verlagerung zu Lasten von sozial-ökologisch notwendigen Aufgaben vorhanden.

Fazit

Der gesteckte Investitionsrahmen von 100 Mrd. Euro ist bezüglich künftiger Rüstungsausgaben zwangsläufig nur die Spitze des Eisberges, da er einen enormen Druck durch die Folgekosten im Lebenszyklus der Rüstungsgüter erzeugt, um eine dort zu erwartende „Unterfinanzierung“ zu vermeiden.

Rechnet man die absehbaren Kosten für Umwelt und Klima in die Lebenszyklusbetrachtungen mit ein, dürfte der Vergleich mit der Spitze eines Eisberges passend sein.

Die dem entsprechende Verpflichtung staatlicher Institutionen vor dem Hintergrund des Klimaschutzgesetzes und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom April 2021 erfordert politischen Druck zum Aufbau methodischer Grundlagen und deren Anwendung. Zumindest bei öffentlichen Großprojekten wäre deshalb in jedem Einzelfall eine Klimabilanz zu erstellen, nicht nur bei neuen Autobahnen, sondern vor allem bei Rüstungsvorhaben.

Der Wahnsinn eines daraus resultierenden Totrüstens betrifft aber nicht nur Deutschland, sondern hat eine globale Dimension. Zusammen mit den zahlreichen ökologischen Kippunkten des planetaren Klimasystems erweist sich die Aufrüstung als ökonomischer Kippunkt zu einem beschleunigten und nicht mehr umkehrbaren Klimawandel.

Hintergründe und Lösungsperspektiven des Ukraine-Krieges

Positionspapier des Bundesausschusses Friedensratschlag - Juni 2022



Die Hoffnungen vieler nach dem Ende des Kalten Krieges auf eine friedlichere Welt haben sich nicht erfüllt. Durchgängig herrschte in den letzten Jahren in über 30 Ländern weltweit Krieg. Wirtschaftliche Erpressungspolitik, Blockaden und Handelskriege zerstören weltweit ökonomische und ökologische Existenzgrundlagen. Immer mehr Menschen sind wegen Krieg, Armut und Umweltzerstörung auf der Flucht. Mit der Ukraine kam ein weiterer Krieg hinzu, mit dramatischen Auswirkungen auf Europa und die ganze Welt.

Um diese verhängnisvolle Entwicklung zu wenden, müssen wir zurück zu den friedenspolitischen Ansätzen der 1970er und 1980er Jahre und den mit konkreten Abkommen verbundenen Bestrebungen in den 1990er Jahren nach Ende des Kalten Krieges, die durch die Expansionspolitik der NATO zu Grabe getragen wurden. Eine Entspannungspolitik und Sicherheitsarchitektur, die die Sicherheitsinteressen aller Konfliktparteien berücksichtigt, ist alternativlos. Angesichts gigantischer globaler Probleme – Hunger und Elend, soziale Ungleichheit, Erderwärmung und Artensterben, Verseuchung von Böden, Flüssen und Meeren – sind Krieg und Aufrüstung unverantwortlich. Ohne internationale Zusammenarbeit und die Aufwendung aller zur Verfügung stehenden Mittel sind die globalen Probleme nicht zu lösen.

Sicherheit für uns Menschen kann nicht durch Hochrüstung und militärische Interventionen erreicht werden, sondern nur durch eine gerechte Politik und nachhaltiges, vorausschauendes Handeln. Ein Streben nach Dominanz, unfaire Handelsbeziehungen

und die politisch geschaffene immer größere Kluft zwischen Arm und Reich stehen dem diametral entgegen.

Wir sind für eine neue Politik der Zusammenarbeit statt Konfrontation, für eine Friedenspolitik der vertrauensbildenden Maßnahmen, die zu Entspannung und Abrüstung führt, zu einem System gemeinsamer Sicherheit und kontrollierter Abrüstung in Europa und weltweit, für eine Friedenspolitik, wie sie 1990 mit der Charta von Paris und folgenden Abkommen angestrebt worden war.

Statt der Berufung auf eine westlich definierte regelbasierte Ordnung fordern wir die Beachtung des Völkerrechts von allen Seiten und ein Ende der Doppelmoral.

Krieg zwischen NATO und Russland

Krieg als Mittel der Politik lehnen wir grundsätzlich ab. Wir haben uns stets entschieden dafür eingesetzt, Krieg als Mittel der Politik zu verhindern, auch bei dem Konflikt zwischen NATO, Ukraine und Russland. Der russische Einmarsch in die Ukraine ist daher ein Rückschlag für alle, die sich für Frieden engagiert haben – und gleichzeitig eine Herausforderung für die Friedensbewegung, ihre Bemühungen für zivile Lösungen zu intensivieren. Nicht zu viel Entspannungspolitik ist das Problem gewesen, sondern zu wenig.

Als Bürger:innen eines NATO-Staates richten wir unsere Kritik in erster Linie an die NATO-Staaten. Denn der Krieg hätte verhindert werden können und müssen. An eindringlichen Warnungen, auch von zahlreichen führenden westlichen Außenpolitikern und Experten, dass die Missachtung essentieller Sicherheitsinteressen Russlands eine solche Reaktion provozieren könnte, hat es nicht gefehlt. Wir weisen zudem die Doppelmoral zurück, mit der ausgerechnet die Regierungen der USA und ihrer Verbündeten den russischen Einmarsch als Völkerrechtsbruch anprangern, sich als Richter aufspielen und härteste Sanktionen verhängen, nachdem sie selbst verhee-

rende Angriffskriege geführt und Völkerrecht gebrochen haben.

Dieser Krieg in Europa ist wie alle anderen zuvor eine Katastrophe, vor allem für die direkt Betroffenen. Die Regierung der Russischen Föderation hat damit eine Zäsur in ihren Beziehungen zum Westen vollzogen. Statt sich weiter auf diplomatischem Wege um einen

Abbau der Spannungen und um Sicherheitsvereinbarungen zu bemühen, verschärfte sie nun durch ihr militärisches Vorgehen selbst die Konfrontation. Die NATO-Staaten halten frontal dagegen und eskalieren sie durch ihre massive militärische und propagandistische Unterstützung Kiews und einen umfassenden Wirtschaftskrieg weiter.

Auf diese Weise handelt es sich nicht nur um einen Krieg zwischen Russland und der Ukraine, sondern – wie Reaktionen der NATO-Staaten auf den Krieg klar erkennen lassen – um einen hybriden Krieg der NATO gegen Russland. Die Stellungnahmen ihrer führenden Politiker:innen lassen auch keinen Zweifel am Ziel, den geopolitischen Rivalen entscheidend und dauerhaft zu schwächen, zu ruinieren, wie es u.a. Außenministerin Baerbock ausdrückte.

Die USA und ihre Verbündeten würden daher den Wirtschaftskrieg vermutlich auch dann nicht beenden, wenn sich die russischen Streitkräfte aus den seit 24. Februar besetzten ukrainischen Gebieten zurückziehen würden, sondern gemäß US-Außenminister Blinken und seiner britischen Kollegin Liz Truss erst, wenn garantiert sei, dass Russland zukünftig keine solche Offensive mehr unternehmen kann.[1]

In der Auseinandersetzung in und um die Ukraine überlagern sich zwei zentrale Konfliktfelder – zum einen das Konfliktpotential, das durch den chaotischen Zerfall der Sowjetunion entstand, wodurch territoriale und Minderheitenfragen ungelöst blieben, und zum anderen der Kampf der USA und ihrer Verbündeten um den Erhalt der Dominanz des Westens in der Welt, die

sie seit 500 Jahren auf unterschiedliche Weise ausüben. [2]

Dieser Krieg wird nicht nur auf dem Rücken der ukrainischen Bevölkerung geführt, sondern faktisch auf dem Rücken der ganzen Welt, insbesondere auf dem der ärmeren Länder und Bevölkerungsgruppen.

Er ist militärisch aktuell weitgehend noch auf das Territorium der Ukraine und auf konventionelle Waffen beschränkt, auf wirtschaftlicher Ebene tobt er jedoch unbegrenzt. Es ist zunehmend auch ein kultureller Medien- und Informationskrieg, der alle Aspekte unseres täglichen Lebens betrifft.

Der Weg in den Krieg

Im Westen wurde von Beginn des russischen Einmarschs an seine Vorgeschichte medial ausgeblendet: das herrschende Narrativ heißt, Putin strebe nach Wiederherstellung des Zarenreichs oder der Sowjetunion.

Wer Frieden will, und wer Opfern helfen und neues Leid vermeiden will, der sollte die Genesis von Konflikten und Kriegen zur Kenntnis nehmen.

Tatsächlich ist der Krieg Russlands eine Antwort auf die von der Friedensbewegung seit langem kritisierte NATO-Osterweiterung und westliche Aufrüstungs- und Konfrontationspolitik, von der sich Russland zunehmend existenziell bedroht fühlt. Sie begann bereits in den 1990er Jahren mit der Ausweitung der NATO – entgegen klarer, verbindlicher Zusagen gegenüber Moskau, das Militärbündnis keinen Zoll nach Osten auszuweiten, und entgegen rechtlich bindender Vereinbarungen wie dem Vertrag zur Deutschen Einheit, in der zukünftigen Friedensordnung die Sicherheitsinteressen eines jeden beidseitig zu berücksichtigen.

Die Ostexpansion ging einher mit der Missachtung und Kündigung von Abkommen zur Rüstungs- und Stationierungskontrolle durch die USA und NATO, und wurde von einer Reihe Farb-Revolutionen in ehemaligen Sowjetrepubliken begleitet, in denen prorussische oder zu unabhängige Regierungen mit westlicher Unterstützung gestürzt wurden. Nach dem Umsturz in Jugoslawien im Jahr 2000, der als Blaupause diente, folgten Georgien

(2003), Ukraine (2004) und Kirgisien (2005).

1999 hatte die NATO militärische Interventionen ohne UN-Mandat zum festen Bestandteil ihres strategischen Konzepts gemacht. Und schließlich unterstrichen die USA und ihre Verbündeten mit ihren Kriegen gegen Jugoslawien, Afghanistan, Irak und Libyen ihre Bereitschaft, sich in der Verfolgung ihrer geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen skrupellos über UN-Charta und Völkerrecht hinwegzusetzen.

Die von den Herrschenden der USA damit verfolgte Strategie wurde bereits 1992, in einer an die New York Times durchgestochenen Version der Verteidigungsrichtlinien des Pentagons (Defense Planning Guidance) so zusammengefasst: Jede in Frage kommende feindliche Macht muss daran gehindert werden, in einer Region dominant zu werden, die für unsere Interessen von ausschlaggebender Bedeutung ist.[3]

Sie blieb Bestandteil aller nachfolgenden Strategiepapiere und richtet sich nun verstärkt auch gegen China. Wir sind in einem Wettstreit um den Sieg im 21. Jahrhundert, so US-Präsident Biden auf dem G7-Treffen im Juni 2021, und der Startschuss ist gefallen.

Mittlerweile sind im westlichen Militärbündnis fast alle europäischen Staaten vereint. Russland und seinen wenigen Verbündeten stehen nun insgesamt 30 Länder gegenüber, einige in direkter Nachbarschaft. Immer mehr NATO-Truppen sind in ehemaligen Sowjetrepubliken stationiert, viele unweit der russischen Grenzen. In riesigen Land- und Marinemanövern wird Jahr für Jahr der Krieg gegen Russland geübt.

Bereits 2002 trat Washington aus dem ABM-Vertrag zur Begrenzung von antibalistischen Raketabwehrsystemen aus, um wieder weltweit solche Systeme errichten zu können. Diese Maßnahme destabilisierte die globale strategische Sicherheitsarchitektur. 2016 stellten die USA in Rumänien und 2018 in Polen Raketabwehrsysteme auf, die auch als Angriffswaffen einsetzbar sind und aus russischer Sicht daher den INF-Vertrag über das Verbot nuklearer Mittelstreckenwaffen in Europa verletzen. 2019 kündigten

die USA unter Präsident Donald Trump diesen Vertrag und forcieren seither die Entwicklung moderner Mittelstreckenraketen. Die ersten sollen ab 2023 in Europa stationiert werden. Besonders gefährlich ist die Hyperschall-Rakete des Typs Dark Eagle, einer Entladungsschlagwaffe, die nicht abzufangen ist und von Wiesbaden aus kommandiert werden wird. Insgesamt erhöhten die NATO-Staaten ihre Militärausgaben bis 2021 auf das 18-fache des russischen Militäretats.

Die Bedrohung wuchs aus russischer Sicht massiv, als 2008 die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine auf die Agenda gesetzt und ihre faktische militärische Integration in die NATO sukzessive vorangetrieben wurde. Der Konflikt wurde heiß, als die Ukraine durch den Putsch 2014 unter westliche Vorherrschaft kam. Die maßgeblichen Kräfte bei dem von den USA und der EU geförderten verfassungswidrigen Sturz des amtierenden Präsidenten, Wiktor Janukowytsh, waren extrem nationalistische, russophobe bis faschistische Kräfte – darunter der NPD-Partner Swoboda – sowohl ideologisch als auch praktisch auf der Straße, in den Sicherheitskräften und den Institutionen. Sie gewannen in der Folge einen dominierenden Einfluss. Der Staatsstreich stieß auf Widerstand in der Bevölkerung, vor allem bei der russischen.

Während die als Reaktion darauf erfolgte Abspaltung der Krim nahezu gewaltfrei verlief, kam es in den anderen überwiegend russischsprachigen Provinzen zu bewaffneten Aufständen. Sie gingen in einen Bürgerkrieg über, der zwischen Kiew und den Volksrepubliken Donezk und Luhansk bis zum russischen Einmarsch andauerte und mehr als 14.000 Menschenleben forderte.

Obwohl die ukrainische Regierung das völkerrechtlich bindende Abkommen Minsk II unterschrieben hatte, das einen besonderen Autonomiestatus für die abtrünnigen Provinzen innerhalb der Ukraine vorsah, boykottierte sie die Umsetzung – mit westlicher Duldung und Unterstützung. Die ukrainische Armee wurde fortan von den USA und Großbritannien massiv aufgerüstet und nach NATO-Standard ausgebildet.

Für alle Seiten war klar, dass die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine für Russland eine rote Linie bedeutet – und dies unabhängig davon, wer in Moskau regiert. Bedrohlich sind bereits die NATO-Truppen im Baltikum, von wo aus St. Petersburg schon mit Kurzstreckenraketen erreicht werden kann. Mit der Ukraine würde die NATO an eine weitere, 2000 km lange direkte Grenze zu Russland vorrücken. Die Vorwarnzeit für Enthauptungsschläge auf russische Zentren würde durch dort stationierte Mittelstreckenraketen auf wenige Minuten sinken, während der potentielle Angreifer USA aus 10.000 Kilometer Entfernung vom Kriegsgeschehen agieren kann.

Am 10. November 2021 unterzeichneten die USA und die Ukraine eine neue, offensiv gegen Russland gerichtete Charta der strategischen Partnerschaft, die u.a. den NATO-Beitritt der Ukraine und die Rückeroberung der Krim als Ziel formuliert. Diese Charta überzeugte Russland davon, so Henri Guaino, führender Berater Nicolas Sarkozy in dessen Zeit als französischer Präsident, dass es angreifen muss oder angegriffen wird.

Moskau unternahm im Dezember 2021 einen letzten Versuch, die Bedrohungslage durch vertragliche Vereinbarungen zu entspannen. Die russischen Vertragsvorschläge enthielten die fünf Kernforderungen:

→ Keine weitere Erweiterung der NATO nach Osten

→ Rückbau der militärischen NATO-Präsenz auf den Stand der Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und der Russischen Föderation (NATO-Russland-Grundakte) von 1997

→ Truppenreduzierung beiderseits der Grenze in einer gemeinsam festzulegenden Breite

→ Keine Stationierung von Atomwaffen außerhalb der nationalen Territorien (also auch keine nukleare Teilhabe)

→ Keine Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa

Diese Forderungen sind aus friedenspolitischer Sicht unterstützenswert. Sie wurden aber von den USA

und der NATO Anfang Februar brüsk und ohne jegliche Diskussion darüber abgelehnt. Die russische Regierung zeigte sich trotzdem verhandlungsbereit, kündigte in ihrer Antwort vom 17. Februar 2022 allerdings unmissverständlich an, sich bei Ausbleiben von Sicherheitsgarantien genötigt zu sehen, auch mit militär-technischen Maßnahmen zu reagieren.

Gleichzeitig nahmen laut OSZE Angriffe der ukrainischen Armee, die bereits ihre Hauptstreitmacht im westlichen Donbass für eine Offensive konzentriert hatte, auf die Donbass-Republiken massiv zu, sodass diese damit begannen, Menschen nach Russland zu evakuieren.

Am 21. Februar erkannte Moskau die Unabhängigkeit der Donbass-Republiken an. Drei Tage später begann die russische Armee gemeinsam mit den Truppen der Volksrepubliken ihre Offensive gegen die ukrainischen Truppen im Donbass und darüber hinaus entlang der Schwarzmeerküste und im Nordosten der Ukraine, um so die Offensive der ukrainischen Armee zurückzuschlagen.

Die russische Regierung rechtfertigt ihren Krieg u.a. als kollektive Selbstverteidigung gegen den bevorstehenden Angriff der ukrainischen Truppen auf die Donbass-Republiken, mit denen sie sofort nach ihrer Anerkennung ein entsprechendes Hilfsabkommen unterzeichnet hatte.

Diese Argumentation ist völkerrechtlich nicht haltbar, weil ein Ruf einer Volksgruppe nach militärischer Hilfe von außerhalb – so verständlich er auch sein mag – keinen Staat zum militärischen Eingreifen berechtigt. Dies könnte nur der UN-Sicherheitsrat autorisieren.

Bei der völkerrechtlichen Argumentation darf aber nicht vergessen werden, dass dem russischen Völkerrechtsbruch andere vorrausgingen, wie die Verletzung der ukrainischen Souveränität durch die Förderung des Putsches 2014, die eklatante Missachtung des verbindlichen Minsker Abkommens und die Stationierung von NATO-Truppen an den russischen Grenzen.

Der russische Präsident begründete den Einmarsch ins Nachbarland

auch mit der Bedrohung durch künftige ukrainische Atomwaffen. Dies ist nicht so abwegig, wie es auf den ersten Blick scheint. Die Ukraine hat sich im Budapester Memorandum 1994 gemeinsam mit Weißrussland und Kasachstan verpflichtet, die auf seinem Territorium lagernden Atomwaffen an Russland abzugeben und in Zukunft keine anzuschaffen oder zu stationieren. Im Gegenzug erhielten sie von Russland, den USA und Großbritannien Sicherheitsgarantien.

2000 hat das ukrainische Parlament aber ein Gesetz verabschiedet und 2015 konkretisiert, das anderen Staaten zeitlich begrenzt die Stationierung von nuklearen Waffen unter gewissen Voraussetzungen erlaubt. Die Ukraine produziert zudem bereits in ihren AKWs waffenfähiges Material. Allein im AKW Saporoschje sammelte sie laut besorgten Aussagen des Chefs der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA, Rafael Grossi, 40 kg Uran und 30 kg Plutonium an.[4] Seit März 2021 weigert sich Kiew, diese nach Russland zur Wiederaufarbeitung auszuführen und verweigert der IAEA die Aufsicht darüber. Dadurch ist unklar, ob sich dieses nukleare Material noch dort befindet oder ob etwas zum Verkaufen oder zum Bau einer schmutzigen Bombe abgezweigt wurde.

Präsident Selenskij hat schließlich auf der Münchner Sicherheitskonferenz am 19. Februar 2022 seine Forderung nach einem klaren Zeitrahmen für den NATO-Beitritt der Ukraine mit der Drohung der Kündigung des Budapester Memorandums verbunden. Einige namhafte Experten, wie der Politologe Robert Wade von der London School of Economics, vermuten, dass diese Rede der letzte Anlass für das Umschwenken der russischen Führung auf einen Kriegskurs gewesen sei.[5]

Bei der Erläuterung der Gründe geht es nicht um eine Rechtfertigung des Krieges, sondern darum, seine Hintergründe und seine Entstehung möglichst genau aufzuzeigen. Aus ihnen lassen sich realistische Ansätze für eine politische Lösung des Konfliktes ableiten.

Deutschland im Krieg

Mit der Lieferung von Waffen sind Deutschland und seine NATO-Verbün-

deten recht schnell in den Krieg eingetreten. Die NATO eskaliert den Krieg seither immer weiter, angeführt von den USA und Großbritannien. So rief die US-Regierung Ende April die Minister aus 40 Ländern zu einem Kriegsrat auf ihrer Air Base Ramstein in der Pfalz zusammen, um die Verbündeten auf noch stärkere militärische Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte einzuschwören. Auch die deutsche Regierung ließ sich nun zur Lieferung von schweren Waffen verpflichten. Eine patriotische Mehrheit im Bundestag hat dies umgehend, zusammen mit der Ankündigung eines gigantischen Aufrüstungsprogramms, abgesegnet – nur drei Tage nachdem Kanzler Scholz seine Befürchtung geäußert hatte, schwere Waffen würden die Gefahr eines dritten Weltkrieges erhöhen.

Damit, und durch die Ausbildung ukrainischer Soldaten an modernen Waffen, wurde – wie die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags bestätigen – Deutschland eindeutig auch im völkerrechtlichen Sinne zur Kriegspartei. 81 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg werden wieder deutsche Panzer russischen gegenüberstehen – ein historischer Tabubruch, der nicht im Einklang mit dem Grundgesetz und seinem Friedensgebot steht. Die Kriegshysterie erinnert an 1914.

Gefahr eines großen Krieges

Die Lieferungen von immer mehr und immer schwereren Waffen führen nur zur Verlängerung des Krieges, zu mehr Opfern und zu größeren Zerstörungen.

Moskau muss um jeden Preis besiegt werden, so die Parole, und mit der massiven militärischen Unterstützung feuert man die ukrainische Regierung an, keinerlei Zugeständnisse bei Verhandlungen über eine Feuerpause und einen Waffenstillstand zu machen.

Auch wenn der Widerstand der ukrainischen Streitkräften bisher stärker war als erwartet, werden diese jedoch nach Ansicht der meisten hochrangigen NATO-Militärs und -Experten auch mit neuen und effektiveren Waffen die russischen Truppen nicht zurückschlagen können.[6] Sie könnten aber – so

das tatsächliche westliche Kalkül – Russland eventuell in einen längeren zermürbenden Krieg verwickeln. NATO-Falken verweisen dabei gerne auf das Beispiel Afghanistan. Dies wäre ein Horrorszenario nicht allein für die Ukraine, sondern auch für das übrige Europa.

Je länger der Krieg dauert, desto mehr wächst auch die Gefahr einer Ausweitung des Krieges hin zu einer nicht mehr kontrollierbaren Eskalation, bei der sich Atommächte gegenüberstehen. Unkalkulierbare, existenzielle Risiken für ganz Europa bergen zudem auch die 15 Atomreaktoren, die in der Ukraine am Netz sind.

Verhandlungslösung vom Westen blockiert

Wenn die Ursachen des Krieges zur Kenntnis genommen werden, liegen die zentralen Ansätze für ein rasches Ende des Blutvergießens und für eine längerfristige politische Lösung des Konflikts auf der Hand.

Bei den Verhandlungen in Ankara lag das, was Moskau verlangte und das, worüber Selenskij sich bereit erklärt hatte zu reden, schon nahe beieinander. Die im März anfänglich von Präsident Selenskij ins Gespräch gebrachten Angebote – Neutralität, Einigung über die Anerkennung der Krim und Referenden über den zukünftigen Status der Donbass-Republiken – schienen eine reelle Chance für politische Lösungen und eine baldige Waffenruhe zu bieten.

Doch Washington und London blockierten.[7] Sie drängten Kiew offen, keinerlei Kompromisse einzugehen und verstärkten gleichzeitig ihre militärische Unterstützung. Auch die EU arbeitete faktisch gegen eine Verständigung Kiews mit Moskau.

Als Selenskij am 25.2. seine Bereitschaft erklärte, mit Russland über einen Neutralitätsstatus und über Sicherheitsgarantien zu verhandeln, reagierte Brüssel mit der Zusage von Waffenlieferungen für 450 Mio. Euro, und als er Russland in öffentlichen Ankündigungen noch deutlicher entgegenkam, wurden der Ukraine weitere Waffen im Wert von 500 Millionen Euro angegedient.

Aber selbst wenn die ukrainische Regierung wollte, ohne aktive Unterstützung des Westens ist ihr innenpolitischer Spielraum gegenüber den dominierenden rechtsextremen Kräften gering. Sie bedrohen offen jeden mit dem Tod, der sich zu Zugeständnissen bereit erklärt.[8]

Auch in diesem Krieg wird die Berichterstattung von Kriegspropaganda dominiert. Berichte über Gräueltaten und mutmaßliche Kriegsverbrechen kommen von beiden Seiten – wahrgenommen werden jeweils aber nur die Meldungen über die Verbrechen der anderen Seite. Verifizieren lassen sie sich in der Regel nicht, wirklich glaubwürdige, unabhängige Untersuchungen blieben bisher aus. Vorsicht ist stets angesagt, da es starke Kräfte in der Ukraine und im Westen gibt, die ein direkteres Eingreifen der NATO erwirken wollen.

Gräueltaten werden mit Sicherheit begangen, von beiden Seiten – das gehört zum Wesen eines Krieges. Der einzige Weg sie zu verhindern ist, alles zu tun, um die Kampfhandlungen so schnell wie möglich zu stoppen.

Schritte zur Deeskalation und zum Frieden

Allein mit Appellen an Moskau, seine Truppen zurückzuziehen, wird man ein Ende der Kämpfe nicht erreichen. Wer sie konträr zu jeglicher Konfliktlösungslogik zur Vorbedingung für Verhandlungen macht, will nicht verhandeln. Die Führung der Atommacht Russland hat die enormen Kosten des Einmarschs nicht in Kauf genommen, um ihre Erfolge in einem Konflikt, bei dem es ihrer Sicht nach um existenzielle Interessen geht, ohne substantielle Zugeständnisse preiszugeben.

Man muss den Krieg vom Ende her denken, stellte der ehemalige militärische Berater von Angela Merkel, Brigadegeneral a.D. Erich Vad, Mitte April treffend fest. Wenn wir den Dritten Weltkrieg nicht wollen, müssen wir früher oder später aus dieser militärischen Eskalationslogik raus und Verhandlungen aufnehmen.

Er warnte zudem davor, den russischen Präsidenten Wladimir Putin als krankhaften Despoten abzustempeln, mit dem man nicht mehr reden könne. So völkerrechtswidrig und furchtbar

der Ukraine-Krieg sei, er stehe doch in einer Kette vergleichbarer Kriege jüngerer Datums. Irak, Syrien, Libyen, Afghanistan – so neu ist das alles nicht. [9]

Schließlich muss der Westen beginnen, über den Krieg hinaus zu schauen, um eine Beziehung zu Russland zu retten, die die Tür für ein Mindestmaß an Zusammenarbeit offen hält, so Prof. Charles Kupchan vom einflussreichen US-amerikanischen Council on Foreign Relations (CFR). Selbst wenn sich ein neuer Kalter Krieg anbahnt, wird der Dialog noch wichtiger sein als während des Kalten Krieges 1.0. In einer stärker voneinander abhängigen und globalisierten Welt wird der Westen zumindest ein gewisses Maß an pragmatischer Zusammenarbeit mit Moskau benötigen, um gemeinsame Herausforderungen zu bewältigen, z. B. Verhandlungen über die Rüstungskontrolle, die Eindämmung des Klimawandels, die Verwaltung der Cybersphäre und die Förderung der globalen Gesundheit. Zu diesem Zweck ist eine rasche Beendigung des Krieges durch einen Waffenstillstand und eine Verhandlungslösung bei weitem besser als ein Krieg, der sich in die Länge zieht, oder ein neuer eingefrorener Konflikt, der in einer feindlichen Pattsituation endet. [10]

Zunächst muss über substantielle Verhandlungsangebote ein dauerhafter Waffenstillstand erreicht werden, um Zeit für Verhandlungen zu schaffen.

Folgerichtig sehen die italienischen Vorschläge vom 21. Mai als erstes Vereinbarungen über lokale Kampfpausen vor, danach über einen dauerhaften Waffenstillstand und Entmilitarisierung der Frontlinie.[11] Diesen soll dann eine internationale Konferenz über einen zukünftigen neutralen, durch Schutzgarantien abzusichern den Status der Ukraine folgen.

An einer Verpflichtung zur strikten Neutralität der Ukraine, wie sie zwischen 1991 und 2014 in der ukrainischen Verfassung verankert war, führt kein Weg vorbei. So bitter dies angesichts militärischer Gewalt auch für Kiew sein mag, eine neutrale Ukraine war schon immer im Interesse aller, die Frieden in Europa anstreben. Die ukrainische Regierung hat prinzipiell

auch schon ihre Bereitschaft dazu erklärt. Strittig ist aber noch, wie weit vertraglich vereinbarte Sicherheiten gehen und von welchen Staaten sie garantiert werden. Die ukrainische Neutralität muss Teil eines umfassenderen europäischen Sicherheitsabkommens zwischen dem Westen und Russland werden.

Selbst führende Vertreter des geopolitischen Establishments raten Kiew zudem, auch die Abspaltung der Krim zu akzeptieren.[12] Da diese unstrittig dem Willen der Mehrheit ihrer Bewohner:innen entspricht, könnte sie ohnehin nur mit Gewalt, um den Preis eines neuen Bürgerkrieges, revidiert werden.

Vermutlich erst im letzten Schritt könnten die Verhandlungen über den zukünftigen Status der Donbass-Republiken und anderer mehrheitlich russisch-sprachiger Gebiete folgen und damit auch über den Rückzug russischer Truppen. Eine Lösung könnte eine sehr weitgehende Autonomie innerhalb der Ukraine sein, mit eigenen Sicherheitskräften und Russland als offizieller Schutzmacht, ähnlich wie Österreich für Südtirol. Ob am Ende die Autonomie einiger Provinzen stehen wird oder ihre Abspaltung, wird von Zugeständnissen der NATO bzgl. berechtigter Sicherheitsinteressen Russlands abhängen. Italiens Friedensplan sieht daher auch ein multilaterales Abkommen über Frieden und Sicherheit in Europa vor. Waffenstillstand und Verhandlungsfortschritte müssten mit der Aufhebung westlicher Embargomaßnahmen einhergehen.

Die Redaktionskommission (Editorial Board) der New York Times empfahl in ihrem viel beachteten Leitartikel vom 19. Mai den USA und ihren Verbündeten, der ukrainischen Regierung die Grenzen ihrer Unterstützung aufzuzeigen und sie zu einer realistischen Einschätzung ihrer Mittel zu drängen: Die Konfrontation mit dieser Realität mag schmerzhaft sein, aber sie bedeutet keine Beschwichtigungspolitik. Dies ist die Pflicht der Regierungen, und nicht einem illusorischen ‚Sieg‘ hinterherzujagen.

Nein zu Wirtschaftsblockaden

Mit den Embargomaßnahmen von beispiellosem Umfang, die die NATO-

Staaten und ihre engsten Verbündeten gegen Russland verhängten, wird internationales Recht weiter beschädigt. Umfassende Wirtschaftsblockaden treffen immer zuallererst die ärmeren Bevölkerungsschichten, nicht nur die in Russland, sondern in der ganzen Welt. Sie haben noch nie einen Krieg beendet, aber schon zig Millionen Menschen in vielen Ländern ins Elend gestürzt.

Vor allem im Nahen Osten sowie in großen Teilen Afrikas drohen demzufolge neue Hungersnöte, die nach UN-Angaben das Leben von Millionen Menschen gefährden. Auch in Europa sind es in erster Linie die sozial Benachteiligten, die unter den steigenden Kosten für Energie und Lebensmittel leiden. Während Rüstungskonzerne und westliche Lieferanten mit fossiler Energie Milliardenengeschäfte machen, werden die Kosten den unterprivilegierten Menschen aufgebürdet, die mit erheblichen Preissteigerungen für Lebensmittel und Energie fertig werden sollen.

Die meisten nichtwestlichen Staaten verurteilen zwar den russischen Einmarsch in der Ukraine, lehnen den Wirtschaftskrieg aber entschieden ab. Sie verweisen auf die Kriege und eklatanten Völkerrechtsverletzungen der USA und NATO, die noch nie zu solchen Reaktionen führten. Sie protestieren dagegen, dass die USA und die EU keine Anstrengungen unternehmen, den Krieg in Europa zu stoppen, der zusammen mit den Blockaden ihre Länder in Mitleidenschaft zieht.

Die Wirtschafts- und Finanzblockaden gegen Russland könnten für das westliche Europa zum Bumerang werden. Es zeigt sich, dass ein so mächtiges Land mit so großen Ressourcen kaum effektiv blockiert werden kann. Während Russland aufgrund der gestiegenen Preise für Öl und Gas trotz geringerer Exportmengen aktuell höhere Einnahmen als zuvor erzielt und die negativen Auswirkungen auf Währung und Wirtschaft bisher in Grenzen halten konnte, leidet die Wirtschaft der anderen europäischen Staaten immer stärker unter den Embargomaßnahmen.

Wirtschaftliche Verflechtungen zwischen Staaten haben grundsätzlich eine gewisse friedenserhaltende Wir-

kung, da sich alle Beteiligten durch die Eskalation eines Konflikts selbst schaden. Im Kalten Krieg waren die Wirtschaftsbeziehungen Westeuropas zur Sowjetunion faktisch die materielle Basis der friedlichen Koexistenz. Russland nun wirtschaftlich vom Westen völlig abzukoppeln, ist daher eine für die zukünftige Stabilität Europas gefährliche Blockbildung.

Neue Blockbildung

Der russische Einmarsch brachte eine einheitliche Front des Westens gegen Russland zusammen, wie sie Washington seit langem anstrebt. Auch offiziell neutrale europäische Länder, wie die Schweiz und Österreich, beteiligen sich an den Wirtschaftsblockaden. Die Regierungen Finnlands und Schwedens nutzen die Hysterie, um auch formal Mitglied der NATO zu werden.

Die außenpolitische Isolierung Russlands ist jedoch bisher gescheitert. Stattdessen kristallisiert sich eine neue Blockbildung heraus. Die vom Westen zum Feind erklärten Länder wie Russland, China, Iran, Kuba und Venezuela rücken enger zusammen, und parallel dazu entsteht ein weiterer bedeutender Block von Staaten – von Indien über die Golfstaaten und Südafrika bis Brasilien und Mexiko –, die dem Westen die Gefolgschaft verweigern und ihre Zusammenarbeit mit Russland fortführen. Sie kritisieren mit Verweis auf die US- und NATO-Kriege die westliche Doppelmoral, beteiligen sich nicht an den Wirtschaftsblockaden, prangern den Missbrauch des internationalen Finanzsystems an und wollen nun gemeinsam mit China und Russland die Abhängigkeit vom Dollar verringern.

Nein zu rot-gelb-grünen Großmachtspielen

Das von der Ampel-Koalition eingeleitete gigantische Aufrüstungsprogramm und der immer lauter werdende Ruf nach Atomwaffen für die EU gießen weiter Öl ins Feuer. Mit einem Sondervermögen von hundert Milliarden für die Bundeswehr und der Erhöhung der Rüstungsausgaben auf durchschnittlich zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung

wollen die Herrschenden Deutschland als Militärmacht gewaltig ausbauen und die Bundeswehr für neue Kriege ertüchtigen.

Mit medialem Trommelfeuer wird jetzt der Krieg in der Ukraine genutzt, um jede Opposition gegen Aufrüstung und Krieg zum Schweigen zu bringen. Man ist erinnert an den Beginn des ersten Weltkriegs oder die heißesten Phasen des Kalten Krieges: Bedingungslose Zustimmung wird zur ersten Bürgerpflicht. Das politische Klima wird vergiftet und nach rechts verschoben.

Die Werbung für Hochrüstung und Kriegsbeteiligung ist hochgradig widersprüchlich. So soll die Bereitstellung alter NATO-Panzer die ukrainischen Streitkräfte befähigen können, die russische Armee zu besiegen. Andererseits soll die russische Armee eine derart gewaltige Bedrohung für die NATO-Staaten darstellen, dass diese gezwungen sind, ihre Rüstungsausgaben vom 18-fachen auf das wöglichlich 25-fache der russischen zu steigern.

Die Propaganda der Ampel-Regierung erweckt den Eindruck, dass der 100 Milliarden Sonderfonds für die Aufrüstung der Bundeswehr und die Steigerung des Militäretats Deutschlands auf über zwei Prozent der Wirtschaftsleistung eine Hilfe für die Ukraine darstellt.

Dieser Täuschung und der damit verbundenen Hoch- und Atomrüstung stellt die Friedensbewegung ihren Widerstand entgegen. Atombomber F 35 für Nuklearschläge, Drohnenbewaffnung, künstliche Intelligenz für den Luftkrieg und weitere High Tech-Rüstungsprojekte untergraben die Aussicht auf eine soziale, friedliche und ökologische Zukunft. Die Friedensbewegung stellt sich ihrer Verantwortung für die Zukunft und sagt zur Eskalation ‚Nein‘, da es ohne eine Friedensperspektive keine Zukunft gibt.

Von der Bundesregierung fordern wir:

→ Keine Waffenlieferungen, weder an die Ukraine noch in andere Länder

→ Ernsthaftes diplomatisches Engagement für eine Deeskalation – unilaterale sowie in der EU und NATO

→ Keine Beteiligung an Wirtschaftsblockaden – Ausstieg aus dem Wirtschaftskrieg gegen Russland

→ Aufnahme von Flüchtenden und Desertierenden ungeachtet ihrer Herkunft

→ Keine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen (Dark Eagle) in Europa

→ Rückzug der Bundeswehr aus Osteuropa

→ Bemühungen um die Wiederaufnahme von umfassenden Rüstungskontrollverhandlungen – gemeinsame Sicherheit statt NATO

→ Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags, Abzug der Atomwaffen aus Deutschland, Ende der nuklearen Teilhabe

→ Statt horrender Summen für Waffen und Militär mehr Geld für Bildung, Gesundheit, Klima, internationale Entwicklung und ein solidarisches Sozialsystem

Wir zahlen nicht für eure Kriege!

100 Milliarden für eine demokratische zivile & soziale Zeitenwende

„WAS FÜR EINE WELT KÖNNTEN WIR Bauen, WENN WIR DIE KRÄFTE, DIE EIN KRIEG ENTWESSELT, FÜR DEN AUFBAU EINSETZEN.“
ALBERT EINSTEIN 1933

www.zivileZeitenwende.de

Es ist Zeit für eine radikale Kehrtwende

Aufrüstung und Kriegspolitik stehen im Gegensatz zur solidarischen Kultivierung der Gesellschaft. Gegen 100 Milliarden mehr für die Bundeswehr und die weitere Erhöhung der Rüstungsausgaben auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung (pro Jahr durchschnittlich ca. 80 Milliarden Euro), engagieren wir uns verstärkt für eine neue Entspannungspolitik und massive öffentliche Investitionen in eine humane Zukunft – jetzt erst recht.

Zeittafel: Ukraine-Krieg – der Weg in die Eskalation

1990

„2 + 4 -Vertrag“

Im Austausch für die NATO-Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschland versprechen zahlreiche westliche Staatschefs, die NATO werde nicht nach Osteuropa erweitert („keinen Zoll weiter nach Osten!“)

Charta von Paris

„Sicherheit ist unteilbar, und die Sicherheit jedes Teilnehmerstaates ist untrennbar mit der aller anderen verbunden.“

KSE-Vertrag (19.11.1990 -

Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa)

→ beispiellose Reduzierung der Streitkräfte

→ neue Ansätze für Sicherheit und Zusammenarbeit innerhalb des **KSZE-Prozesses**

→ neues Verständnis von Sicherheit in Europa

1991

Selbstauflösung des Warschauer Paktes

NATO bleibt trotz Wegfall des Gegners bestehen und gibt sich ein neues Strategisches Konzept, „neue ‚Risiken‘ neue ‚Aufgaben‘ ...“

1992

Im Oktober beginnen Luftwafeneinsätze der NATO zur Überwachung und Durchsetzung einer „Flugverbotszone“ über Bosnien-Herzegowina.

1994

Mit der „Partnerschaft für den Frieden“ beginnt ein erstes Heranführungsprogramm für ehemalige Mitglieder des Warschauer Paktes.

1995

ab 30. August: NATO-Luftangriff gegen Stellungen bosnischer Serben in Sarajevo, Pale, Tuzla und Goražde.

1997

NATO-Russland-Akte: zur Beruhigung Moskaus vor erster Ostexpansion, Zusage der NATO, keine substantiellen Truppen dauerhaft in Osteuropa zu stationieren.

1999

NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Umgehung des UN-Sicherheitsrates, eklatanter Völkerrechtsbruch und gewaltsame Abtrennung des Kosovo.

Die NATO verabschiedet neues strategisches Konzept, in dem militärische Interventionen ohne UN-Mandat zum festen Bestandteil werden.

NATO-Ost-Erweiterung I:

Polen, Tschechien und Ungarn

A-KSE: Übereinkommen über die Anpassung des KSE-Vertrags, die durch NATO-Erweiterung nötig wurde

2001

September: Rede Wladimir Putins im Bundestag, in der er für echte Partnerschaft und „Aufbau des gemeinsamen Hauses“ in Europa warb.

Oktober: Beginn des 20jährigen US- und NATO-Krieges in Afghanistan

2002

Austritt der USA aus dem Raketenabwehrsystemvertrag (**ABM**).

2003

20. März: Beginn des Irak-Krieges

Beginn der „bunten Revolutionen“: westliche Unterstützung beim Sturz pro-russischer Machthaber in Georgien (2003), der Ukraine (2004) und Kirgisien (2005).

2004

Russland ratifiziert **A-KSE**, die NATO-Staaten auf Druck der USA nicht

NATO-Ost-Erweiterung II:

Bulgarien, Estland, Litauen, Lettland, Rumänien, Slowakei und Slowenien.

2007

Rede Wladimir Putins bei der Münchner Sicherheitskonferenz, in der er die westliche Expansionspolitik scharf kritisiert.

2008

NATO-Gipfel in Bukarest: Georgien und Ukraine erhalten Beitrittsperspektive

August: Georgien beginnt mit US-Unterstützung eine militärische Offensive gegen das abtrünnige Süd-Ossetien. Russland schlägt diese im sog. „Georgienkrieg“ zurück.

2009

NATO-Ost-Erweiterung III:
Kroatien und Albanien .

2010

Beschluss zum Aufbau einer NATO-Raketenabwehr. Da sie auch offensiv eingesetzt werden kann, verletzt sie aus russischer Sicht den **INF-Vertrag** über das Verbot nuklearer Mittelstreckenwaffen. Abschussanlagen in Rumänien und Polen sind im Aufbau.

2011

NATO-Krieg gegen Libyen: ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg, da das UN-Mandat, mit dem er gerechtfertigt wurde, keinen Krieg autorisierte.

2014

Eskalation in der Ukraine:

→ „**Euromaidan**“-Proteste enden in einem vom Westen geförderten Umsturz, unter starker Beteiligung rechtsradikaler, bis faschistischer Kräfte

→ **Abspaltung der Krim** und Anschluss an Russland nach Referendum über künftigen Status

→ **Sezession** des Donbass mit den Oblasten Donezk u. Luhansk, Beginn des bis 2022 andauernden Bürgerkrieges

NATO-Gipfel in Wales: Verabschiedung des „**Readiness Action Plan**“ (u.a. Erhöhung und Schaffung neuer „**Schneller Eingreiftruppen**“...).

Ab März: EU leitet eigenmächtige Zwangsmaßnahmen gegen Russland wegen Anschluss der Krim ein

17. Juni: Abschuss Flug MH17 im Donbass mit 298 Toten. Obwohl die Verantwortung für den Abschuss bis heute nicht geklärt ist, sofortige Schuldzuweisungen an Russland und Verschärfung der Embargomaßnahmen.

2015

Im Minsker Abkommen vom 12.2.2015 („Minsk 2“) werden für den Donbass ein Waffenstillstand sowie eine Verfassungsreform für die Ukraine zwecks föderaler Autonomie der Donbass-Regionen vereinbart.

2016

NATO-Gipfel in Warschau beschließt permanente Stationierung von vier Bataillonen (4.000 – 5.500 SoldatInnen) in Osteuropa.

2017

NATO-Erweiterung IV:
Montenegro

2018

Die Ukraine erhält offiziell den Status eines NATO-Beitrittskandidaten.

Parlament der Ukraine beschließt Gesetz „Über die Änderung der Verfassung der Ukraine über die Unumkehrbarkeit des ukrainischen Kurses in Richtung europäischer und euro-atlantischer Integration“.

NATO-Krisenreaktionsinitiative (4 x 30): ab 2020 sollen 30 Bataillone zu Land, 30 Kriegsschiffe und 30 Flugzeugstaffeln innerhalb von 30 Tagen einsatzfähig sein.

2019

Aufkündigung des **INF**-Vertrages durch US-Präsident Trump

2020

NATO-Erweiterung V:
Nordmazedonien

2021

Aktivierung der „Multi Domain Task Force“ und des 56. Artilleriekommandos in Wiesbaden. Ankündigung der USA zur Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen

in Osteuropa, darunter auch die Hyperschallwaffe „Dark Eagle“.

Ukrainische Militärdoktrin tritt in Kraft, die die ukrainische Integration in die NATO-Strukturen vorsieht und die Mitgliedschaft als Ziel formuliert.

Ukrainischer Präsident erlässt Dekret, Maßnahmen zur Rückeroberung der Krim und des Donbass vorzubereiten – eine offene Abkehr vom Minsker Abkommen.

Washington und Kiew unterzeichnen neue „Charta der strategischen Partnerschaft“ mit offensiver Zielsetzung gegen Russland.

21. Dez.: Russlands Präsident warnt erstmalig vor „angemessenen militärisch-technischen Vergeltungsmaßnahmen“ im Fall „einer Fortsetzung der ziemlich aggressiven Linie“ des Westens. Er sei „extrem besorgt“ über die Stationierung von US-Raketen in Polen und Rumänien, „Wenn diese Infrastruktur näher kommt, wenn US- und Nato-Raketensysteme in der Ukraine auftauchen, dann reduziert sich ihre Anflugzeit auf Moskau auf sieben oder zehn Minuten“.

2022

2. Feb.: US- und NATO-Ablehnungsschreiben zu den russischen Vertragsvorschlägen mit den drei Kernforderungen:
→ keine NATO-Osterweiterung;
→ Rückbau der NATO-Präsenz gemäß NATO-Russland-Akte;
→ keine Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa.

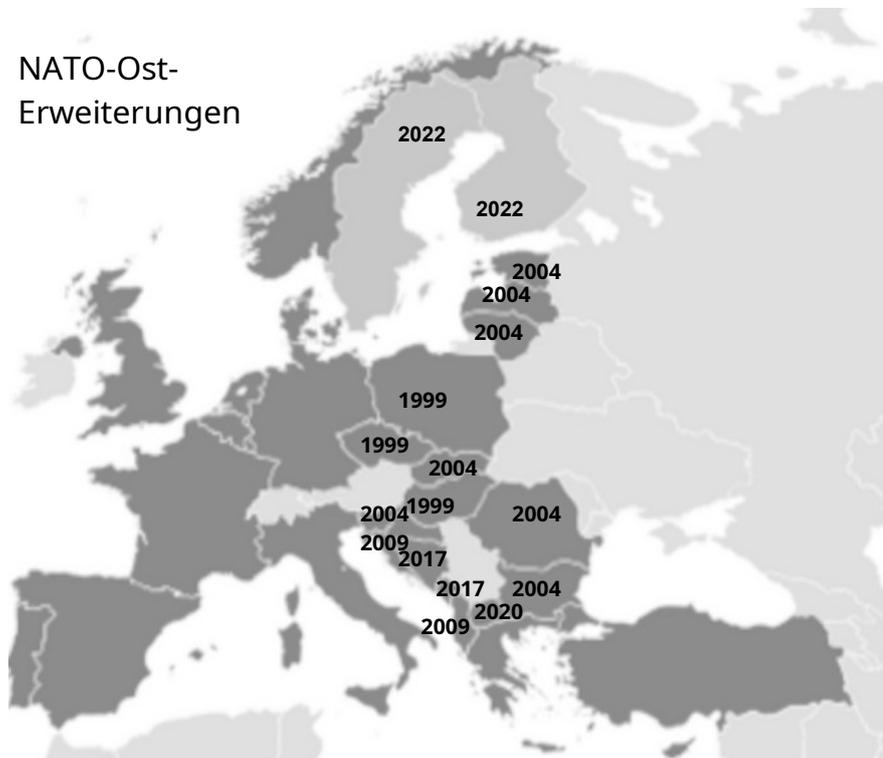
17. Feb.: In ihrer Antwort auf die Ablehnung wird die Warnung vom 21.12.2021 von der russischen Regierung wiederholt.

Ab 16. Feb. nehmen laut OSZE Angriffe der ukrainischen Armee, die ihre Hauptstreitmacht im westlichen Donbass konzentriert hat, auf die Donbass-Republiken massiv zu.

21. Feb.: Moskau erkennt die Unabhängigkeit der Donbass-Republiken an.

24. Feb.: Die russische Armee marschiert in der Ukraine ein.

NATO-Ost-Erweiterungen



Grafik: FriedensJournal - Zusammenstellung: Joachim Guilliard, Redaktion: Karl-Heinz Peil

Madrid 26.06.2022: 30.000 laut und bunt gegen den NATO-Gipfel

Ermutigend und beeindruckend war die Demonstration der fast 30.000 Friedensaktivistinnen und Friedensaktivisten aus Madrid und Spanien unterstützt von kleinen Delegationen aus vielen NATO-Ländern.

Einheitlich wurde die Meinung vertreten, dass die NATO und die mit ihrer verbundenen internationalen Militarisierung wesentlich verantwortlich sind für die Konfrontation zu Russland. Deswegen schalte das „No to NATO“ auch immer wieder laut und in unterschiedlichen Sprachen durch die Innenstadt von Madrid.

Die seit langem größte Ant-Nato Demonstration brachte eine Stimmung zum Ausdruck: wir wollen auch und gerade angesichts des völkerrechtswidrigen Krieges Russland gegen die Ukraine nicht schweigen zur NATO-Ausdehnung, zur globalen NATO als Gefahr für den Frieden.

Abrüstung und internationale Kooperation verband die tausenden von Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die bei großer Hitze, durch die Straßen von Madrid zogen.



Linke, linksradikale Gruppierungen waren ebenso wie Friedensorganisationen, Frauengruppen, Solidaritätsorganisationen und Umweltverbände bis hin zu Friday For Future mit klaren antimilitaristischen Aussagen vertreten.

Beeindruckend war nicht nur die Zahl, sondern auch die klare Erkenntnis, dass NATO und Frieden nicht kompatibel sind und dass ein globaler Frieden mit einer „globalen NATO“ nicht erreicht werden kann.

Auffallend auch bei dieser Demonstration, dass Fahnen und Wimpel einiger traditionell mit der Friedensbewegung verbundenen (linken) Parteien fehlten, so z.B. von Podemos. Umso erfreulicher die aktive Beteiligung der Europäischen Linken (EL).

(Reiner Braun / Kristine Karch)



Die erste Staatenkonferenz des UN-Vertrags zum Verbot von Atomwaffen in Wien wird erfolgreich abgeschlossen. Es nahmen 65 Vertragsstaaten teil und Staaten waren beobachtend anwesend. Die Staaten verdeutlichen mit ihrem Engagement eindrücklich, dass sie die Renaissance des nuklearen Wettrüstens ablehnen.

Die Bundesregierung hat beobachtend an der Konferenz teilgenommen und sich mit einem Statement eingebracht. Botschafter Rüdiger Bohn sagte einleitend, dass die Staatenkonferenz ein wichtiges Ereignis in den internationalen nuklearen Abrüstungsbemühungen sei. Er betont aber auch, dass die Bundesregierung der Meinung sei, dem Vertrag nicht beitreten zu können, solange die NATO eine Strategie der nuklearen Abschreckung verfolge.

(Auszug aus ICAN-PM vom 23.6.2022)



Nach der Demonstration in Garmisch gegen den G7-Gipfel sprechen die Veranstalter:innen von einem vollen Erfolg. „Nach unseren Zählungen haben ca. 2.000 Demonstrant:innen aus unterschiedlichsten Spektren teilgenommen.“, sagte Anmelder Franz Haslbeck. „Damit sind unsere Erwartungen mehr als erfüllt worden.“

Nach der erfolgreichen Demo in Garmisch am Samstag „gipfelten“ die Protestaktionen vor Ort gegen den G7-Gipfel in einem Sternmarsch auf mehreren Wander- und Fahrradroutes in Richtung Elmau, an denen ca. 200 Aktivist:innen teilnahmen.

(PM von Stop G7 Elmau vom 26.6. und 28.6.2022)

USA-BRD: Deutschland ist erster Adjutant der Supermacht USA

von Conrad Schuhler (Seite 3 bis 5)

zuerst erschienen unter:

<https://www.isw-muenchen.de/2022/05/usa-brd-deutschland-ist-erster-adjutant-der-supermacht-usa/>

Fußnoten

[1] Rügemer, Werner: Die Amerikanisierung Europas und ihr notwendiges Ende. In: Deppe, Frank/Fülberth, Georg/Leisewitz, André: Fortschritt in neuen Farben? Köln 2022, S. 90 – 104

[2] ebd.

Schuhler, Conrad: Das Neue Amerika des Joseph R. Biden. Köln 2021

Wirtschaftssanktionen und ihre Wirkung

von Willy Sabautzki (Seite 5)

Quelle des Auszuges (Kastenbeitrag)

<https://www.isw-muenchen.de/2022/06/zu-den-politisch-oekonomischen-zusammenhaengen-infolge-kriegerischer-auseinandersetzungen/>

Bundeswehr-Sondervermögen: Aufrüstung als Konjunkturpaket

von Jürgen Wagner (Seite 6 bis 8)

Komplette Fassung erschienen bei Telepolis:

Teil 1: So rüstet Deutschland auf

<https://www.heise.de/tp/features/So-ruestet-Deutschland-auf-7132200.html>

Teil 2: Bundeswehr-Sondervermögen: Aufrüstung als Konjunkturpaket

<https://www.heise.de/tp/features/Bundeswehr-Sondervermoegen-Aufruestung-als-Konjunkturpaket-7132552.html>

Siehe dazu auch:

<https://www.imi-online.de/2022/06/06/kriegskredite-und-ruestungslisten/>

Bei dieser Analyse handelt es sich um eine erweiterte Fassung, die zunächst in zwei Teilen bei Telepolis am 4. und 5. Juni 2022 erschienen ist.

Bilder

[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:F-35A_flight_\(cropped\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:F-35A_flight_(cropped).jpg)

https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Puma,_first_series.jpg

https://de.wikipedia.org/wiki/Korvette_K130#/media/Datei:BRAUNSCHWEIG_3012.JPG

https://de.wikipedia.org/wiki/Eurofighter_Typhoon#/media/Datei:German_eurofighter.JPG

Hinweise

Gesetz zur Finanzierung der Bundeswehr und zur Errichtung eines „Sondervermögens Bundeswehr“ und zur Änderung der Bundeshaushaltsordnung | Bundesrat Drucksache 263/22 vom 3.6.22

Wirtschaft wird geschreddert, Armutsquote steigt, Schuld ist der Russe

von Rainer Balcerowiak (Seite 9)

zuerst erschienen unter:

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=85358>

Hinweise

Armutsbericht Paritätischer: <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/zwischen-pandemie-und-inflation-paritaetischer-stellt-bericht-zur-armut-in-deutschland-vor/>

Rüstungsinvestitionen als Spitze des Eisberges

von Karl-Heinz Peil (Seite 10 und 11)

Quellen

Bericht zur materiellen Einsatzbereitschaft der Hauptwaffensysteme der Bundeswehr II/2021 vom 15.12.2021
<https://www.bmvg.de/resource/blob/5325364/11a1d50cce70b7b1a8307adc16991f4d/download-bericht-zur-materiellen-einsatzbereitschaft-2-2021-data.pdf>

Studie: The lifetime cost of driving a car
Ecological Economics 1994 (2022)
<https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0921800921003943>

siehe dazu auch:

<https://www.zeit.de/mobilitaet/2022-01/soziale-kosten-strassenverkehr-auto-studie>

Tabellendaten entnommen aus:

Marktseitige Untersuchung des Anwendungsfortschrittes des Lebenszykluskostenmanagements in der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie
(Arbeitspapier Nr. 23 der Universität der Bundeswehr München – Arbeitsgebiet Beschaffung)
<https://www.unibw.de/beschaffung/arbeitspapier-23-marktseitige-untersuchung-des-anwendungsfortschrittes->

[des-lebenszykluskostenmanagements-in-der-verteidigungs-und-sicherheitsindustrie.pdf/download](#)

Originaldaten aus: <https://www.gao.gov/assets/gao-09-3sp.pdf>

„Lebenszykluskosten von Rüstungsgütern“ (Bundestags-Drucksache 19/15104):
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/151/1915104.pdf>

Klimaschutzplan 2030 der Bundesregierung zur Umsetzung des Klimaschutzplans 2050
Quelle der PDF-Fassung u.a.:
https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Landwirtschaft/Klimaschutz/Klimaschutzprogramm2030.pdf?__blob=publicationFile&v=3

BUND-Rechtsgutachten: Bundesverkehrswegeplan ist verfassungswidrig – neue Bundesregierung muss Fernstraßenbau sofort stoppen
<https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/bund-rechtsgutachten-bundesverkehrswegeplan-ist-verfassungswidrig-neue-bundesregierung-muss-fernstrassenbau-sofort-stoppen/>

Hintergründe und Lösungsperspektiven des Ukraine-Krieges

Positionspapier des Bundesausschusses Friedensratschlag – Juni 2022 (Seite 12 bis 17)

Online-Fassung

<https://friedensratschlag.de/2022/06/baf-positionspapier-ukrainekrieg/>

Fußnoten

1 Blinken sets a standard for lifting sanctions: an ‚irreversible‘ Russian withdrawal, NPR, 16.3.2022

U.K.: Russia Sanctions Could ‚Come Off With Full Cease-Fire And Withdrawal‘ From Ukraine, RFE/RL, 27.3.2022

2 Peter Wahl, Attac AG Globalisierung & Krieg, Der Ukraine-Krieg und seine geopolitischen Hintergründe, 11 Seiten 18. März 2022,
https://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/AGs/Globalisierung_und_Krieg/reader/20220318_AG_GuK_Ukraine.pdf

3 Excerpts From Pentagon’s Plan: ‚Prevent the Re-Emergence of a New Rival‘, NYT, 8.3.1992

4 Louise Guillot, Atomic energy chief: Ukraines’s nuclear safety situation ‘far from being resolves’, Politico, 10.5.2022, Laurence Norman, U.N. Atomic Agency Chief Presses for Access to Zaporizhzhia Nuclear Plant Wall Street Journal, 25.5.2022,

5 Robert H. Wade, A ‘Diplomatic Solution’ to the Ukraine Crisis”, Global Policy Journal, 1.3.2022

6 So bezeichnet Avril Haines, Chefin aller 18 US-Geheimdienste, die Annahme, die ukrainische Armee könne an Russland verlorene Gebiete militärisch zurückgewinnen, für abwegig.(The War in Ukraine Is Getting Complicated, and America Isn’t Ready, The Editorial Board, The New York Times, 19.5.2022)

7 s. Überblick von Sevim Dagdelen, Wie ein Verhandlungsfrieden im Ukraine-Krieg torpediert wird, NachDenkSeiten, 16.5.2022 - <https://www.nachdenkseiten.de/?p=83910>

8 Im Mai 2019 drohte Dmytro Jarosch, Chef der Miliz Rechter Sektor und Berater des Oberbefehlshabers der Armee, Selenskij im ukrainischen Medium Obozrewatel offen mit dem Tod, falls er sich mit Russland einigt. Wörtlich Jarosch: Wenn Zelensky die Ukraine verrät, wird er nicht sein Amt, sondern sein Leben verlieren, Obozrewatel, 27.05.2019, s.a. Zelensky And The Fascists: He will hang on some tree on Khreshchatyk, Moon of Alabama, 5.3.2022)

9 Ukraine-Krieg: Ex-Merkel-Berater Vad warnt vor Lieferung von schweren Waffen, Stern, 12.04.2022

10 Charles Kupchan, Ukraine’s Way Out. The Atlantic, 18.5.2022,

11 Italien legt Friedensplan für Ukraine vor, Tagesspiegel, 21.05.2022

Friedensbewegung

(Seite 20)

Bilder

Atomwaffenkonferenz in Wien: Joseph Gerson | IPB

Nato-Protestaktionen in Madrid: <https://no-to-nato.org>

Proteste gegen G7-Gipfel: <https://www.stop-g7-elmau.info/>